

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementpreis M. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: E. Fr. Weinhardt, Stuttgart.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ed. Steinbrenner, Stuttgart.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Strasse 43.

Inserate für die viergespalt. Petitzeile oder deren Raum 60 Pfg.
Bergnügungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Schwindelkrantkassen und die Gewerkschaften.

Wie in der Industrie sich immer neue Erwerbszweige auf tun, an die früher niemand dachte, man denke nur zum Beispiel an die Ansichtspostkartenfabrikation usw., so bildete sich in der sozialpolitischen Gesetzgebung leider ein ganz neuer „Zweig“ heraus, den man kurz und bündig das „Schwindelkrantkassenwesen“ nennt. Erstaunt und entrüstet sehen dies unsere Durchschnittspolitiker, schlagen die Hände über dem Kopfe zusammen, wenn sie in ihrem „General-Anzeiger“ wieder und immer wieder den Zusammenbruch einer solchen Kasse lesen, schreien nach — Staatshilfe!

Die „Gründer“ haben es auch ein bißchen toll getrieben, gerade als ob gar keine Aufsichtsbehörde existiere, die bekanntlich gegen die „sozialdemokratischen“ Krantkassen scharf und ohne Vorbehalt zieht und jede Verfehlung streng bestraft. Schlau sind die Leute auch, die sich auf diesen Erwerbszweig geworfen haben. Um die Regierung zu täuschen, sich nach „oben“ lieb Kind zu machen, hat man den Gründungen einfach recht patriotische Namen beigelegt. Die Namen von regierenden oder selig verstorbenen Fürsten oder Fürstinnen mußten herhalten, den Schwindel zu verdecken. Und das geht in Preußen-Deutschland! Fanden sich die Gauner in Berlin zusammen, so hießen sie ihre saubere Gründung natürlich „Berolina“, in München „Bavaria“, in Dresden „Saxonia“, „Thuringia“, oder „Notes Kreuz“, und um Deutschlands „Nuhm und Herrlichkeit“ noch zu steigern, gar — „Rheinlands Eiche“! Was will man mehr? Die Gründer verstehen ihr Geschäft, das muß ihnen der Meid lassen. Viel Kopfschmerzen macht man sich wohl nicht um die Statuten, Leistungen usw. der Kassen. Die Hauptsache ist die Reklame, die Agitation, recht viele Mitglieder schnell zu werben, Geld in die leere Kasse zu bringen. Geschickt nützt man nun die erbärmlich niedrigen Leistungen unserer heutigen Krantkassenversicherung aus und hält dies dem Arbeiter wie folgt vor Augen:

„Der Ernst des Lebens“

wird vielen Familien erst durch eintretende Krankheiten so recht vor Augen geführt, wenn der Ernährer durch ein langes Krankenlager im Erwerb verhindert und auf die wenigen Mark Krantkassengeld, welche er in Betriebs-, Innungs- usw. Kassen erhält, angewiesen ist. Die Unterstützung dieser Kassen reicht kaum aus, die Bedürfnisse der mitunter zahlreichen Familie des Erkrankten zu decken und kann für die Pflege des Kranken nichts getan werden. — Auch die Erkrankung der Mutter wird in jeder Familie sehr schwer empfunden, da selbige unentbehrlich und im Krankheitsfalle durch das Fehlen einer Krantkassenunterstützung in den meisten Fällen eine rechte Plage nicht erhalten kann, ohne welche die Kranke meist in ein anhaltendes Siechtum gerät.

Es ist daher im Interesse der ganzen Familie geboten, daß Vater und Mutter und auch sämtliche erwachsenen Kinder über 14 Jahre, welche zum Unterhalt der Familie mit beitragen müssen, in einer guten Krantkasse versichert sind.

Als eine solche empfehlen wir unser Institut, welches sachmännlich geleitet und durch die Aufsichtsbehörde zu reeller und praktischer Geschäftsführung angehalten, in allen Krankheitsfällen die richtige Hilfe bietet wird.

Die Beiträge sind im Verhältnis zu den gewährten Unterstützungen niedrigst nach statistischen Erfahrungen bemessen.

Ein solches Zirkular wird dem unkundigen Arbeiter einleuchten, der an einen Zuschuß zum Krantkassengeld denken muß. Unter „staatlicher Aufsicht“ steht ja jede dieser „Volkskrantkassen“, wie es verlockend im Zirkular heißt. Was will man noch mehr? Zaudert der Arbeiter aber immer noch, der angepreisenen „Volkskassen“ beizutreten, die ja nur „sein Bestes“ — sein Geld will, so helfen redgewandte Agenten noch nach. Erbärmlich ist es, wenn sich auch noch organisierte Arbeiter in den Dienst dieser Gründungen stellen, um sich diesen Nebenverdienst „müheless“, wie es im Inserat heißt, zu sichern.

Die Agenten der „Wauernfänger“ werden auch gut bezahlt, und sollte man schon aus der Höhe und Art der Zahlung ersehen, daß man es mit keinem soliden Unternehmen zu tun hat. So gewährte die inzwischen gleichfalls als Schwindelkassen entlarvte „Rheinische Krantkassenversicherungskasse GbH“ an ihre „Vertreter“, folgende Bezüge: 1. Aufnahmegebühr 2 Mk.; 2. Inkasso für Mitgliedsbücher einmal 20 Prozent; 3. Inkassoprovision für Quittungen, laufend 2 Prozent; 4. Abholgebühr, vom Mitglied zahlbar 0,10 Mk.; 5. für je 100 zahlende Mitglieder pro Monat 4 Mk.; 6. für wöchentlich eine Kontrolle 0,50 Mk.; 7. für jede beanstandete Kontrolle bis zu 30 Mk. pro Mitglied nach dem Falle.

Das sind aber die Verwaltungskosten noch lange nicht alle. „Direktoren“ und Vorstandsmitglieder dieser sauberen Kassen beziehen monatlich 400 bis 500 Mk., einzelne sogar 1000 bis 2000 Mk. im Monat, ein Subdirektor einer säch-

sischen Kasse 1000 bis 1200 Mk. pro Monat. Ist es da ein Wunder, wenn 80 bis 90 Prozent aller Einnahmen für „Verwaltungszwecke“ verausgabt werden? Die „selige“ „Bavaria“ in München brachte es sogar auf 95 Prozent aller Einnahmen für Verwaltungskosten! Die übrigen 5 Prozent wurden den Erkrankten „geboten“. Genosse Stadthagen rief am 30. Januar 1906 der Regierung zu, daß sie sogar noch die Bekämpfer dieser Schwindelkassen — bestrafe; „so ist in Hannover der Redakteur des „Volkswille“ bestraft worden, weil er eine Schwindelkasse als Schwindelkasse bezeichnet hat.“

Wer die letzten Vorgänge, die Vergewaltigung der Ortskrantkassen in GbHn, Solingen usw. beobachtet hat, wird nicht im Zweifel sein, daß die Regierung als Aufsichtsbehörde heute schon Mittel und Wege genug hat, um gegen diese Auswüchse einer Versicherung vorzugehen, so daß man nicht erst eine neue Novelle „zur Beseitigung der Hilfskassen“ nötig hat, um die Schwindelkassen angeblich zu treffen. Es ist da vielfach noch die Ansicht verbreitet, daß diese Schwindelkassen deshalb den soliden Hilfskassen als Konkurrenz so gefährlich würden, weil sie viel billiger seien, sehr niedrige Beiträge annehmen! Das ist ganz falsch! Den Hilfskassen sind sie gewöhnlich nur in der Einrichtung über, daß in allen Zirkularen steht: „Ohne ärztliche Untersuchung wird jede gesunde Person aufgenommen.“

Das zieht! Ahnungslos füllt der „Neuling“ den Aufnahmeschein aus, läßt auf Wunsch des Agenten leichtere Erkrankungen weg, damit er nach Jahr und Tag aus der Kasse desto eher ausgeschlossen werden kann, weil er die Krankheiten „verschwiegen“ hat.

Die Beiträge selbst sind im Verhältnis zu den Leistungen, die zudem auch nur auf dem Papier stehen, in Wirklichkeit gar nicht einmal gezahlt werden, ganz enorm hoch. Man vergleiche nur nachstehenden Statutenauszug:

1. Für männliche Personen von 14 bis 45 Jahren:

Klasse	Monatlicher Beitrag	Tägliches Krantkassengeld
Klasse 1	1,— Mk.	1,— Mk.
2	1,25	1,25
3	1,50	1,50
4	2,—	2,—
5	3,—	2,50
6	4,—	3,—
7	5,—	4,—
8	6,—	4,50

2. Für männliche Personen von 45 bis 60 Jahren sowie für weibliche

Klasse	Monatlicher Beitrag	Tägliches Krantkassengeld
Klasse 9	1,25 Mk.	1,— Mk.
10	1,60	1,25
11	2,—	1,50
12	3,—	2,—

Das Krantkassengeld wird gewöhnlich 13 bis 15 Wochen lang zum „vollen“ und dann zum „halben Betrag“ den Erkrankten — nicht gewährt! Man komme auch ja nicht mehr mit dem Einwand: „Die Dummen werden nicht alle!“ Solange die Zwangskassen nur 60 bis 60 Prozent des Klassenlohns, also nicht einmal des wirklichen Tagelohns als Krantkassengeld zahlen, so lange wird der Arbeiter auch noch auf Zuschüssen angewiesen sein! Nimmt ihn nun die solide Hilfskasse nicht auf, weil er nicht ganz gesund, den Keim der Proletariatskrankheit in sich trägt, zu alt ist usw., so fällt er eben den Lockungen redgewandter Agenten der Schwindelkassen zum Opfer. In dem Augenblick aber, in welchem die Krantkassen gefählich die Höhe des Lohnes als Krantkassengeld garantieren, welche ja jeder Kranke dringend nötig hat, werden die Schwindelkassen verschwinden, weil sie keine Geschäfte mehr machen.

Können wir nun auf die Verbesserung der Kassenleistungen heute noch rechnen? Wenn man jetzt schon die „Kampottschüssel“ überfüllt hält, das Selbstverwaltungsrecht der Krantkassen zu vernichten, sie an die Karikatur einer Arbeiterversicherung, der Invalidenversicherung anzukleben sucht, dann kann man wohl die Hoffnung aufgeben, daß wir im Zeichen des Fortschritts marschieren, von der Regierung etwas zu erhoffen haben. Die Arbeiter werden sich also selbst zu helfen suchen — müssen! Wer soll nun auch noch diese Hilfe bringen? Die Gewerkschaften! Die Gewerkschaften bauen ja das Unterstützungswesen mehr und mehr aus und wirken auch hier bahnbrechend. Die Hilfskassen der Arbeiter waren ja auch die Vorgänger der Zwangsversicherung. Da man an eine staatliche Arbeitslosenversicherung noch lange nicht zu denken braucht, führen fast alle Gewerkschaften nach und nach die Arbeitslosenunterstützung ein. Fast immer gehen diesen Einführungen jahrelange Kämpfe, Diskussionen usw. voraus, bis auch die Bestimmten

unter den Mitgliedern sich von der Notwendigkeit dieser Mehrleistungen und der Möglichkeit, den Wochenbeitrag um 5 bis 10 Pf. zu erhöhen, überzeugt haben. Ähnlich ergeht es jetzt auch mit der Einführung einer Krantkassenunterstützung als Zuschuß zum Krantkassengeld. Wenn bei der Mehrbelastung an Beiträgen manche Verbandsmitglieder sich gegen die Einführung solcher Reformen sträuben, so werden viele sich eher gegen die Arbeitslosenunterstützung als gegen die Krantkassenunterstützung erklären. Viele glauben an ihr Glück, immer Arbeit zu finden, solange „sie gesund bleiben“, Beiträge für eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit zu zahlen ist ja auch neu.

Un die Zahlung von Beiträgen für eine Krantkasse ist aber die Mehrzahl der Arbeiter schon gewöhnt, zahlt ja heute schon ganz enorm hohe Beiträge für — Schwindelkassen. Betrachten wir die obigen Beiträge einer derartigen Kasse, so finden wir, daß die Klasse 3 mit einem Krantkassengeld von 1,50 Mk. pro Tag die gefuchteste ist, doch einen Wochenbeitrag von fast 40 Pf. erfordert. Diese hohen Beiträge zahlen heute Hunderttausende von Arbeitern Deutschlands, weil sie keinen Ersatz dafür haben. Deshalb sind die Gewerkschaften in erster Linie dazu berufen, diese Kultur- aufgabe zu erfüllen, ihren erkrankten Kollegen den so nötigen Zuschuß zum kargen Krantkassengeld der Zwangskasse zu gewähren. Sie werden es um so lieber tun, da es sich um eine dringende Notwendigkeit handelt und bei unserem politischen Kurs künftig an Verbesserung der Versicherungsgeetze so leicht nicht gedacht werden kann. Es ist also Selbsthilfe, wenn die Gewerkschaft auch hier die Lücke auszufüllen sucht, die unsere Gesetzgebung, wie bei der Arbeitslosenversicherung usw., gelassen hat. Die Gewerkschaft wird dann zur Mutter des Mitglieds, wird ihm nicht nur in gesunden Tagen, sondern auch in den Tagen der größten Not, Glend und Schmerzen treu und helfend zur Seite stehen, dem Kranken eine Helferin sein. Wer dann einmal die Wohltat dieser Unterstützung am eigenen Leibe gespürt oder doch aus nächster Nähe, bei seinem erkrankten Nebenkollegen gesehen hat, wird dem Verband so leicht nicht mehr untreu werden. In gesunden Tagen soll das Verbandsmitglied zum möglichst höchsten Lohne seine Arbeitskraft zu verkaufen suchen, in Tagen der Krankheit aber auch einen Ersatz für diesen einmal errungenen Verdienst, dem alle Lebensverhältnisse angepaßt wurden, als Krantkassengeld erhalten. Verschiedene Gewerkschaften haben ja auch die Krantkassenunterstützung eingeführt und sich dadurch den Dank ihrer Mitglieder gesichert. So in neuester Zeit der Metallarbeiterverband, der den Wochenbeitrag um 10 Pf., von 40 auf 50 Pf. erhöhte, und dafür den Mitgliedern im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unterstützung von 6 bis 10 Mk., je nach der Dauer der Mitgliedschaft gewährt.

Um ein Krantkassengeld von 6 Mk. pro Woche zu erhalten, zahlt man der Schwindelkasse aber 25 Pf., bei 9 Mk. gar 38 Pf. pro Woche an Beitrag, ohne jede Garantie zu haben. Also viel billiger kann ein Verband diese Unterstützung einführen und damit den Kampf gegen die Schwindelkassen am wirksamsten führen. Darum — helft den Kranken Kollegen! Unterstützt auch den erkrankten Klassenkämpfer, daß er bald wieder zu Kräften, zur Gesundheit kommt, sich und den Seinen ein Ernährer wieder sein kann und Schulter an Schulter mit uns wieder gegen die Bosheit, Hartnäckigkeit des Kapitals zu kämpfen.

Also nicht der Klassenkampf wird durch die Einführung derartiger Unterstützungen leiden, sondern im Gegenteil, wie uns die Erfahrung aus anderen Verbänden zeigte, noch kräftiger und intensiver geführt werden können, wenn sich ein Verband seiner Kämpfer wirklich annimmt, in Krankheit und Not kräftig unterstützt, damit diese bald wieder in die Kampfreihen zurückkehren können.

Von der Heimarbeitersausstellung.

Die deutsche Heimarbeitersausstellung ist am 26. Februar abends geschlossen worden. Die anfänglich gebegten Absichten, sie zu einer Wanderausstellung zu machen, um in allen Teilen des Reiches größeres Verständnis für die Leiden der Heimarbeiter und ein allgemeines Interesse an der gesetzgeberischen Behandlung des Heimarbeiters-Problems hervorzurufen, sind aufgegeben worden. Die Veranstalter der Ausstellung befürchteten von dieser Wanderausstellung wohl nicht mit Unrecht eine Verflachung der nun so kräftig einsetzenden Bewegung zur Bekämpfung des Heimarbeiterslebens, deshalb schritt man zur Auflösung der ganzen Ausstellung zu einem Zeitpunkt, wo das Interesse der breitesten Öffentlichkeit für diese Frage sich noch lebhaft und unvermindert äußerte. Es wird nun Aufgabe der Gewerkschaften mit sein müssen, die

in diese Ausstellung verhältnismäßig erhebliche Summen hineingesteckt haben, das Interesse für die geschlechterliche Bekämpfung des Heimarbeiters lebendiger wachzuhalten, immer und immer wieder in die grauenvollen Verhältnisse, unter denen die Heimarbeiterschaft zu leiden hat, hineinzuleuchten; besonders die Gewerkschaftspublizistik wird sich dieser Aufgabe künftig mit regerem Eifer unterziehen. In nächstem geben wir einen kurzen Bericht über die Ausstellung unseres Verbandes — etwas post festum, es war uns erst in den letzten Tagen des Februar möglich, die Ausstellung zu sehen, andererseits können wir aber bei unseren Lesern ohne weiteres voraussetzen, daß sie nach wie vor der Heimarbeitersfrage großes Interesse entgegenbringen und daß ihnen deshalb auch dieser Bericht noch des Lesens wert sein wird.

Unser Verband hatte zahlreiche hausindustrielle Erzeugnisse aus der Bleistift-, Bürsten- und Pinsel-, Perlmutterknopf-, Korz-, Musikinstrumenten-, Korbwaren-, Spielwarenindustrie sowie der Holzschmiederei, Zigarrenspitzen- und Stockdrechslerei ausgestellt. Von allen Gegenständen, soweit sie nicht auf Kartons geheselt waren, war der Arbeitsverdienst und die Herstellungszeit im einzelnen angegeben, und dabei wurden allerdings oft genug Lohnverhältnisse enthüllt, die man selbst nach den Schilderungen eines Emanuel Sax und Stillsch nicht für möglich gehalten hätte.

Beginnen wir mit der Pinsel- und Bürstenindustrie, die heimindustriell in Nürnberg und Umgebung, Brandenburg, Schleichenau, Schönheide, Schönbau und Todtnau betrieben wird. Seitens des Verbandes war zunächst eine Kollektion Pinsel aus Nürnberg ausgestellt worden, ferner waren auf einem Karton die verschiedenen Teilarbeiten bei Herstellung eines Pinsels veranschaulicht. Im Verhältnis zu der Gesamtarbeiterzahl ist die Zahl der Heimarbeiter in der Pinselindustrie ja nicht bedeutend, gegenüber 1600 in den Fabriken beschäftigten Personen rechnet man 150 Heimarbeiter, daneben arbeitet aber eine große Anzahl von Fabrikarbeitern nach Feierabend noch zu Hause für die Fabrik, so daß diese Heimarbeit für die Pinselmacher bereits eine ernste Gefahr bedeutet. Zunächst schon, weil die in den Fabriken erkämpfte tägliche Arbeitszeit von 9 Stunden durch die an eine Beschäftigung der Heimarbeit nicht gebundene Heimarbeit ernstlich bedroht ist, dann aber auch durch den Lohndruck, der mittels der Heimarbeit auf die Fabrikarbeiter ausgeübt wird. Die Arbeitsverdienste halten sich für weibliche Arbeiter durchweg auf 6 bis 10 Mk. pro Woche bei 50 bis 65 stündiger wöchentlicher Arbeitszeit, einige männliche Arbeiter bringen es beim Borstentrocknen sogar auf 27 Mk. und bei Malerpinseln auf 30 Mk. bei 60 stündiger wöchentlicher Arbeitszeit. Dabei handelt es sich aber um besonders tüchtige Spezialarbeiter. Kenner der Verhältnisse sehen auch hinter die Angabe der wöchentlichen Arbeitszeit auf 60 Stunden ein großes Fragezeichen; sie wissen, daß die Arbeitszeit tatsächlich viel länger ist und daß diese Angaben oft genug nur in Rücksicht auf die auf niedrige Arbeitszeiten haltende Organisation gemacht sind. Jedenfalls sind auch die angegebenen Arbeitszeiten der Heimarbeiter in der Hauptsache höher als die mit Hilfe der Organisation in den Fabrikbetrieben durchgeführten Arbeitszeiten, und auch die Löhne der Fabrikarbeiter sind höhere als die der Heimarbeiter, so daß die Arbeiterschaft schon aus diesen Gründen zu einer entschiedenen Bekämpfung der Heimarbeit kommen muß. Andere und nicht weniger wichtige Gründe zwingen uns aber zu diesem Kampfe. Bei der Borstentrocknung, die vorzugsweise in der Heimindustrie erfolgt, wird ein enormer Staub entwickelt; die Nürnberger Pinselmacher hatten das gut veranschaulicht, indem sie die Staubmenge, die aus einem Bündel Borsten beim Reithagen derselben abgedreht wurde, neben dem gereinigten Borstenbündel zeigten. Auch die Reinigung der Borsten im Heim des Arbeiters vollzieht, so daß dieser Staub für ihn zu einer ständigen Gefahr. Dann aber besteht für den Heimarbeiter die ständige Gefahr, nicht nur sich, sondern seine ganze Familie mit Milzbrand zu infizieren, und solche Milzbrandinfektionen ganzer Pinselheimarbeiterfamilien sind in der Nürnberger Gegend schon einigemal erfolgt. Nicht gering sind auch die gesundheitlichen Gefahren für die Verbraucher dieser Heimarbeitersarbeiten. Die Keime ansteckender Krankheiten, die bei den Heimarbeitern nur gar zu oft wüten, teilen sich auch den Heimarbeitersarbeiten mit. Und ob es den Kunstmalern, die den Malerpinsel gar zu gern zum Anfeuchten nach dem Munde führen, nun gleichgültig sein kann, ob die Pinsel, die sie verwenden, in der Heimindustrie hergestellt sind oder in einem Fabrikbetrieb, möchten wir doch bezweifeln. Wir möchten damit nur kurz darauf hingewiesen haben, welches Interesse auch bürgerliche Kreise an der Beseitigung der Heimarbeit haben.

Aus Brandenburg in Baden war eine Kleiderbürste ausgestellt, deren Verfertiger einen Stundenverdienst von 12 1/2 Pf. erzielte. Mann, Frau und zwei Kinder müssen wöchentlich insgesamt 176 Stunden arbeiten, um einen Gesamtwochenverdienst von 22 Mk. zu erzielen. Auf Wäschbürsten verdienen drei erwachsene Arbeiterinnen zusammen in einer Arbeitszeit von insgesamt 105 Stunden 16,50 Mk. Aus Schleichenau in Baden war eine Hutbürste ausgestellt, der Arbeitsverdienst auf diesen Artikel beläuft sich für eine dreiköpfige Familie bei einer 144 stündigen wöchentlichen Arbeitszeit auf zusammen 23,50 Mk. Viel geringer sind die Heimarbeitersverdienste in Schönheide. Auf hohle Möbelbürsten wird wöchentlich 4 bis 5 Mk., auf vierreihige Schmirgelbürsten 5,76 Mk. pro Woche verdient (Arbeitszeiten sind nicht angegeben). Günstiger liegen die Verhältnisse in Todtnau im Schwarzwald, natürlich nur relativ genommen. Auf Wäschbürsten wird hier von einem erwachsenen männlichen und einem weiblichen Heimarbeiter in einer insgesamt 126 stündigen wöchentlichen Arbeitszeit zusammen 24 Mk. verdient; auf Kleiderbürsten von einem Manne, einer

Frau und drei Kindern zusammen in 220 Stunden pro Woche 27,50 Mk.; auf Wurzelbürsten zusammen von einem Manne und einem Kinde in 135 Stunden wöchentlich 28 Mk.; auf Möbelbürstenholzer von zwei erwachsenen männlichen Arbeitern in 140 Stunden wöchentlich 35 Mk.; auf Haarbürsten von einem Manne, einer Frau und zwei Kindern zusammen in 176 Stunden wöchentlich 26 Mk.

Von Nürnberg waren auch eine Anzahl heimindustrieller Erzeugnisse aus der Bleistiftindustrie ausgestellt. Die Heimarbeit wird in der Hauptsache von einem Teil der in der Fabrik tätigen Arbeiter und ihren Familien als Nebenbeschäftigung betrieben, um die schlechten Arbeitsverdienste einigermaßen auszugleichen. Diese Heimarbeit beschränkt sich auf das Verpacken und Polieren der Bleistifte. Beim Verpacken und Etikettieren werden für eine Frau und zwei Kinder bei insgesamt 102 stündiger wöchentlicher Arbeitszeit Arbeitsverdienste von 7,87 Mk. und von 11,23 Mk. angegeben; beim Polieren einfarbiger Bleistifte verdient eine erwachsene Arbeiterin in 95 Stunden wöchentlich 5 bis 9 Mk.; beim Polieren von mehrfarbigen zwei erwachsene Arbeiterinnen in 150 Stunden wöchentlich zusammen 20 Mk. Seit Einführung der Poliermaschine werden die gewöhnlichen Bleistifte in der Fabrik grundiert. Für Fertiggpolieren erhalten die Heimarbeiterinnen 15 bis 25 Pf. pro Gros und verdienen dabei wöchentlich 5 bis 6 Mk. bei langer Arbeitszeit.

Unsere Delmenhorster Korzarbeiterkollegen hatten die Arbeitsverhältnisse in der Flaschenkorzheimarbeit veranschaulicht. Danach verdient ein Kollege bei durchweg 77 stündiger Arbeitszeit auf Weinforken wöchentlich 12,50 Mk., auf Mineralwasserforken 10,50 Mk., auf Bierflaschenforken 10,50 Mk., auf kurze Bierflaschenforken 9,50 Mk., auf Kühr- und Hausalkoholforken 10,50 Mk. und auf Medizinforken 10 Mk. — alles pro Woche und bei 77 stündiger Arbeitszeit.

Besser sind die Arbeitsverdienste der Frankenhäuser Perlmutterknopfdrechsler. Diese Kollegen haben sich durchweg die 60 stündige Arbeitszeit errungen, und die Arbeitsverdienste schwanken zwischen 12 Mk. bis 25 Mk. pro Woche, Wochenverdienste von 16 bis 18 Mk. wiegen vor. Allerdings haben die Frankenhäuser Kollegen den Wert einer guten Organisation erkannt; sie sind seit Jahrzehnten in unserem Verband organisiert, und sie haben mit dessen Hilfe schon mehrere Lohnbewegungen siegreich durchgeführt. Durch die Frankenhäuser Lohnbewegungen unseres Verbandes ist jedenfalls bewiesen worden, daß die gewerkschaftliche Organisation sehr wohl auch in der Hausindustrie zünftigster der Arbeiterschaft eingreifen kann, allerdings muß sich auch bei der Heimarbeiterschaft ein Sinn für den gewerkschaftlichen Kampf bemerkbar machen. (Fortf. folgt.)

Der Jahresbericht der Zahlstelle Berlin.

r. L. Die Zahlstelle Berlin hat einen umfangreichen Jahresbericht herausgegeben, welchem wir die nachstehenden Mitteilungen entnehmen:

In der ersten Woche des Berichtsjahrs wurde die große Aussperrung der Holzarbeiter und kurz darauf der Klavierarbeiterstreik aufgehoben. Dieser ebnete für die Arbeiter in 32 Betrieben den Weg, da dieselben zur Hälfte mit Streikbrechern besetzt waren, in 70 Fabriken wurden die Forderungen im wesentlichen bewilligt. In diesen 70 Fabriken waren zirka 1500 Arbeiter beschäftigt. Mit dem bei Beendigung der Aussperrung abgeschlossenen Vertrag erreichte der seit dem Jahre 1902 dauernde Kampf um den Arbeitsnachweis sein Ende. Es kam zur Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises. Ferner wurde eine Schlichtungskommission eingesetzt, mit deren Schaffung sich die Arbeiter- und Unternehmerorganisationen bereits ein Jahr vorher einverstanden erklärt hatten. Die Hauptforderung der Berliner Holzarbeiter, die Kompensierung bei neuer industrieller Arbeit, ist durch den Vertrag in befristeter Weise zur Anerkennung gelangt.

Viele Mitglieder des Verbandes hatten gegen den Abschluß des Vertrags gestimmt in der Meinung, daß sich die Organisation nun völlig untätig verhalten müsse und zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nichts unternehmen könne. Die Tätigkeit der Organisation im verfloffenen Jahre hat aber gezeigt, daß diese Ansicht falsch war. Wohl können Werksratsstreiks bei den Firmen nicht ausbrechen, die der Unternehmerorganisation angehören und somit dem Vertrag unterstehen, jedoch sind die Berliner Unternehmer nur zum kleinen Teil organisiert. Wenige Wochen nach der Aufhebung der Aussperrung begann denn auch schon von neuem eine äußerst lebhaft Streikbewegung. Es hatte fast den Anschein, als ob die Berliner Holzarbeiter nur auf den Friedensschluß mit den bekannten Unternehmerverbänden gewartet hätten, um nun in den Branchen und Werksstätten mit dem Kampfe zu beginnen, die während den fortgesetzten Streitigkeiten mit den Unternehmerverbänden mit ihren Forderungen zurückgehalten hatten.

Den Anfang mit den Lohnkämpfen des Jahres 1905 machten die in der Treppengeländerbranche beschäftigten Drechsler, Stellmacher, Tischler, Polierer, Maschinistenarbeiter und Wildhauer. Der Streik dauerte eine Woche. Bewilligt wurden Lohnerhöhungen, ein erhöhter Tarif, Arbeitszeitverkürzung auf 52 Stunden, erhöhte Minimallohne und verschiedene Nebenforderungen. Es wurde ein Vertrag vor dem Gewerbegericht abgeschlossen. Beteiligt waren 417 Arbeiter in 31 Betrieben, von denen 194 in 10 Fabriken gestreikt haben, während 223 Arbeiter in 21 Fabriken die Forderungen ohne Streik bewilligt erhielten.

Die Jaloustearbeiter erreichten ebenfalls nach einwöchigem Streik einen neuen erhöhten Tarif, erhöhte Minimallohne, Herabsetzung der Arbeitszeit auf 52 Stunden und die Erfüllung verschiedener Nebenforderungen. Es wurde ein Vertrag auf zwei Jahre abgeschlossen. An dem Streik nahmen 146 Jaloustearbeiter in 14 Betrieben teil. Nur ein Betrieb mit 5 Mann hat die Forderungen ohne Arbeitsniederlegung anerkannt.

Die Stellmacher der Luxuswagenbranche führten mit Erfolg eine allgemeine Lohnbewegung durch.

Nur ein Betrieb mit 26 Mann befand sich im Streik, 8 Firmen, die 93 Stellmacher beschäftigten, haben die Forderungen ohne Streik anerkannt. Der Erfolg der Lohnbewegung war Verkürzung der bis dahin 53 bis 57 Stunden betragenden Arbeitszeit auf 52 Stunden, Erhöhung der Akkordpreise um durchschnittlich 25 Prozent, Festsetzung eines Minimallohns von 60 Pf. für Kastenmacher, 55 Pf. für Radmacher und 50 Pf. pro Stunde für Kastenmacherhelfer. Eine Tarifierhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit festsetzte nach kurzem Streik die Korbmacher der Grünbranche durch.

Einen langen erfolglosen Streik führten die Berliner Modelltischler. Sie forderten 70 Pf. Mindestlohn pro Stunde und neunstündige Arbeitszeit. In 24 Fabriken mit 561 Arbeitern ging der Streik nach zwölfwöchiger Dauer verloren, 11 Betriebe mit 59 Arbeitern bewilligten ohne Arbeitsniederlegung und 10 Betriebe mit 99 Arbeitern während des Streiks.

Der bei der Beendigung der Aussperrung abgeschlossene Vertrag brachte den Bautischlern einen erhöhten Grundtarif. Bei den Nichtvertragsmitgliedern wurden im Laufe des Jahres die schlechter bezahlten Positionen der Werkstatttarife durch Werkstattlohnbewegungen soweit erhöht, daß sie mit dem Grundtarif mindestens gleich sind. Einzelne Unternehmer versuchten wieder, für besser bezahlte Arbeiten Abzüge zu machen. Aus diesen Gründen hatten die Bautischler 47 Werkstattlohnbewegungen mit 1079 beteiligten Arbeitern zu verzeichnen. In 27 Betrieben mit 690 Arbeitern kam es dabei zum Streik. Nur 2 Streiks mit 86 Beteiligten gingen verloren, 45 Werkstattlohnbewegungen mit 1043 Beteiligten hatten Erfolg.

In der Möbeltischlerei kommt der Vertrag nur für den kleineren Teil der Betriebe in Betracht, unter denen sich jedoch die großen Fabriken befinden. Bei den Nichtmitgliedern der Unternehmerorganisationen mußten auch in diesem Jahre wieder durch Werkstattlohnkämpfe die Lohn- und Arbeitsbedingungen aufgebessert werden. Solche Werkstattlohnbewegungen hatten die Möbeltischler 69 mit 1247 Beteiligten zu verzeichnen, wovon 2 mit 18 Beschäftigten verloren gingen und 67 mit 1229 Arbeitern erfolgreich verliefen. In 30 Betrieben mit 498 Beteiligten wurde längere oder kürzere Zeit gestreikt.

Der im Januar 1905 beendete Klavierarbeiterstreik hat die Organisation in der Branche bedeutend gestärkt, so daß auch im Berichtsjahr weitere Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen durchgesetzt werden konnten. In verschiedenen Betrieben, in denen die beim allgemeinen Streik aufgestellten Grundforderungen noch nicht durchgesetzt waren, wurden dieselben durch Einzelkämpfe zur Anerkennung gebracht. Die meisten dieser Kämpfe fanden im Herbst statt und hatten fast überall Erfolg. In mehreren Fabriken hatten nur einzelne Branchen an der Bewegung teilgenommen. Auch die Firma Köfener befand sich unter den bestreikten Betrieben. Während des allgemeinen Streiks hatte sich dieser Betrieb am hartnäckigsten geweigert, Zugeständnisse zu machen. Diesmal bewilligte Herr Köfener schon nach dreitägigem Streik. Die Gesamtzahl der Einzelkämpfe betrug 27 mit 1050 Beschäftigten, wovon 629 an den Kämpfen beteiligt waren. Erfolg hatten 24 Kämpfe mit 524 Beteiligten, 2 Streiks mit 66 Streikenden gingen verloren und ein Streik war am Jahresluß noch nicht beendet. Insgesamt befanden sich 349 Klavierarbeiter aus 13 Betrieben im Streik.

Außer bei den Klavierarbeitern, den Möbeltischlern und den Klavierarbeitern wurden auch in den übrigen Branchen zahlreiche Einzelkämpfe geführt, von denen die meisten erfolgreich waren. Die Werkstattlohnbewegungen verteilten sich auf die übrigen Branchen wie folgt: Polierer 14, Stellmacher 15, Drechsler 8, Stoccarbeiter 6, Korbmacher 7, Bilderrahmenmacher 3, Bodenleger 3, Kammacher 3, Treppengeländerbranche 5, Bürstenmacher 1, Kistenmacher 4, Jaloustearbeiter 1 und verschiedene Branchen der Tischlerei 24 Werkstattlohnkämpfe.

Das Gesamtbild aller Branchen- und Werkstattlohnbewegungen des verfloffenen Jahres gibt diese Zusammenstellung.

	Zahl der Lohnbewegungen	Zahl der Werksstätten	Zahl der Beschäftigten der beteiligten Werksstätten	Mitglieder des Verbandes sind	In anderen Werksstätten sind	Unorganisiert sind
Angriffstreiks mit Erfolg	58	95	1850	1351	158	141
ohne Erfolg	7	80	684	421	163	50
insgesamt	65	125	2284	1772	321	191
Abwehrstreiks mit Erfolg	35	35	613	475	71	67
ohne Erfolg	8	8	150	107	10	33
insgesamt	43	43	763	582	81	100
b. Lohnbewegungen ohne Streik.						
Angriffsbewegungen	106	162	2619	2006	307	306
Abwehrbewegungen	15	15	198	140	44	14
Streiklose Lohnbeweg. insges.	121	177	2817	2146	351	320

Aus dieser Tabelle ist zu ersehen, daß auch im Berichtsjahr ein unausgesetzter Kampf geführt wurde, trotzdem das Jahr 1905 für die Berliner Holzarbeiter infolge des Vertragabschlusses als eine Zeit des Friedens angesehen wird. Durch den Vertrag hörten die Kämpfe um ideale Forderungen, wie Anerkennung der Organisation des Arbeitsnachweises usw. auf. Die Organisation konnte nun ihr Hauptgewicht auf den Kampf um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen legen. Diese Kämpfe brachten im Berichtsjahr recht beachtenswerte Erfolge, denn von den 229 Lohnbewegungen mit 345 beteiligten Werksstätten und 5864 Arbeitern hatten 214 mit 307 Werksstätten und 5080 Arbeitern Erfolg, während nur 15 mit 88 Werksstätten mit 784 Arbeitern verloren gingen.

In dem Bericht über die Streiks und Lohnifferenzen sind die Differenzen nicht mit angeführt, die bei den Mitgliedern der dem Vertrag angeschlossenen Unternehmerorganisationen ausbrachen und die durch die Schlichtungskommission entschieden wurden. Dieser Kommission waren

in den Krankenkassen noch sehr viel zu tun ist und daß die Krankenkassen besser ausgebaut werden müssen, ist daher ganz berechtigt, aber dadurch wird ein Verband, welcher auf der Höhe der Zeit stehen will, noch lange nicht von der Verpflichtung entbunden, seine Mitglieder in jeder Weise zu unterstützen. — Eine andere Frage ist die Beitragserhöhung, und da muß von vornherein betont werden, daß eine Staffelung der Beiträge weder für den Verband, noch für den einzelnen Kollegen von Vorteil sein kann. Der Hinweis auf die schlechtesten Branchen, sowie auf die kleinen Zahlstellen unseres Verbandes dürfte hier verfehlt sein. Gerade die Kollegen der kleinen Zahlstellen werden es ablehnen, um 10 bis 15 Pf. willen Mitglieder zweiter Klasse unseres Verbandes zu werden, zumal sie wissen, daß wenn sie gesund sind und Arbeit haben, sie die paar Pfennige auch noch zahlen können. Auf der anderen Seite haben die Kollegen auch rechnen gelernt, so daß sie wissen, daß ihnen der erhöhte Beitrag im Krankheitsfall auch doppelt zugute kommt. Die Kollegen der kleineren Zahlstellen sind lange nicht mehr so rückständig, wie man immer anzunehmen pflegt, auf einen Groschen mehr Beitrag kommt es auch ihnen nicht an, zumal sie wissen, daß er zu ihrem Vorteil angewandt wird. Nun sind aber gerade in kleineren Orten die Krankenkassen am schlechtesten ausgebaut, so daß den Kollegen in den kleinen Zahlstellen die Krankenunterstützung zur Notwendigkeit geworden ist. Daß durch den Ausbau des Unterstützungswesens im Verband diesem der Kampfescharakter genommen wird, dürfte nach den Erfahrungen der letzten Zeit wohl niemand glauben, ebenso ist bewiesen, daß durch die Höhe der Beiträge der Verband keinen Nachteil hat. Nun zur Beitragshöhe. Mit 35 Pf. kommt der Verband schon jetzt nicht mehr aus, die Beiträge müssen erhöht werden, ob die Krankenunterstützung eingeführt wird oder nicht, das wird wohl jedem Kollegen einleuchten. Die Unternehmer sind jetzt meist bis in die kleinsten Orte organisiert, dadurch werden die Kämpfe für die Kollegen heftiger, auch dauert der Kampf länger als früher, und das erfordert höhere Ausgaben. In Zukunft wird es aber noch schlimmer werden. Es werden für den Verband schwere Kämpfe erstehen, welche mit großen Kosten verbunden sein werden. Der Kampf wird nicht nur in den großen, sondern auch in den kleinen Zahlstellen entbrennen. Um nun für alle Fälle gerüstet zu sein, ist es notwendig, den Beitrag zu erhöhen, und zwar muß derselbe so gestellt werden, daß der Verband allen Anforderungen genügen kann. Man soll hierbei nicht nach der Methode gewisser Menschen handeln, welche behaupten, wenn man dem Hund den Schwanz stückweise abhaut, so wird er es nicht so gewahr, sondern man muß die Aufgaben des Verbandes in der Zukunft berechnen und danach die Höhe des Beitrags festlegen, wozu 50 Pf. mindestens erforderlich sind.

August Paech-Landsberg a. W.

Von den beiden Fragen, die der Vorstand in Nr. 6 der „Holzarbeiter-Zeitung“ zur Diskussion stellt, ist die erste recht gut, die zweite dagegen nicht begründet. Es scheint mir dies ein Beweis dafür zu sein, daß es dem Vorstand mit der zweiten Frage nicht ganz ernst ist, wenn er auch eine detaillierte Vorlage in Aussicht stellt. Die Forderung einer Erhöhung des Beitrags um 5 Pf. zur Stärkung unseres Kampffonds ist so selbstverständlich, daß sich Dutzende von Argumenten dafür ins Feld führen ließen. Was die Frage der Krankenunterstützung anlangt, so ist nicht zu verkennen, daß ein Teil der Kollegen daran nicht erhebliches Interesse hat, und der Vorstand hat dieser vielleicht stärkeren Strömung Rechnung zu tragen. Verwundern muß es aber, daß diese Strömung gerade aus Norddeutschland und besonders aus dem Berliner Gau kommt. Diese Kollegen sollten doch einsehen, daß unter den vielen Unterstützungsanstalten der Kampfescharakter der Organisation leiden muß. Wir haben keine Ursache, uns über die Verhältnisse hinwegzutäuschen. Die Streiks werden lange nicht mehr so mannhaft durchgeführt, wie es notwendig wäre. Viele betrachten den Streik als Ruhepause, und oft muß der Kampf mit dem Untergang der Unterstützung drohen, um einen Streik zu bewirken. Die Beendigung des großen Streiks in Jülich im Jahre 1905 war es der Sozialverwaltung schwer, die Kollegen davon abzuhalten, überstunden zu machen. Die Kollegen vergessen allmählich, darüber nachzudenken, weshalb man sich eigentlich organisiert. Dieser Zustand wird noch verschlechtert, wenn man weitere Unterstützungen einführt. Wegen die Hirsch-Dunderschen haben wir mit Recht gemerkt, daß sie bloße Unterstützungsstellen sind, heute gehen wir selbst zu diesem System über. Wir werden immer schwerer zum Ziele gelangen, je mehr Ballast wir uns aufbürden. Wir haben es nicht nötig, unsere Kollegen über ihre wahre Lage hinwegzutäuschen, indem wir ihnen für alle Fälle Unterstützungen zusichern; schließlich kommen wir später noch zur Einführung einer Alters- und Invalidenversicherung, um nur recht viele Kollegen zu organisieren. Daß aber damit noch nichts erreicht ist, wenn man ein großes Heer unüberzeugter Kollegen zusammen hat, beweist am besten die Ausschlußliste des Metallarbeiterverbandes. Bisher hat man immer noch manchen Kollegen moralisch verpflichtet können, sich zu organisieren, das werden wir in Zukunft nicht mehr können, weil es jedem freistehen muß, einer Unterstützungs-kasse beizutreten oder nicht. Die Sozialorganisationen werden sich freuen, daß wir ihnen ein so vorzügliches Agitationsmaterial zur Verfügung stellen. Es kann so nicht weitergehen mit dem rapiden Wachsen der Beiträge. Gehen wir über die Grenze des Möglichen hinaus, dann machen wir es vielen unmöglich, dem Verband beizutreten. Es bleibt doch nicht bei den Beiträgen an die Hauptkassen, auch an die Lokalkassen werden ziemlich hohe Beiträge geleistet. Ich will noch auf die bestehenden Unterstützungsweige hinweisen wie Arbeitslosen-, Maßregelungs-, Umzugsunterstützung, von der Zwangsgeburt Notfallunterstützung will ich lieber schweigen. Sind denn die Zweige schon so, daß man seine Freude daran haben kann? Diejenigen, die die Verhältnisse kennen, werden verstehen, wenn ich diese Frage mit Nein beantworte. Deshalb rate ich dringend, zunächst die Unterstützungen so auszubauen, daß sie nach jeder Richtung brauchbar sind, und nicht schon wieder an die Einführung neuer „Halbheiten“ zu denken.

K. M.-Fürth.

Vor allem halte ich es für angebracht, erst einmal die bestehenden Bestimmungen einer genauen Durchsicht zu unter-

ziehen, und hierbei komme ich zu der Frage: Sind jetzt schon weitere Unterstützungsanstalten unbedingt notwendig, oder wollen wir nicht erst die jetzt bestehenden verbessern? Ich halte das letztere für angebracht und möchte zur Verbesserung der Arbeitslosenunterstützung verschiedene Vorschläge machen. Erstens halte ich es nicht für notwendig, daß arbeitslose Kollegen erst sieben Tage Karenzzeit durchmachen müssen. Ich würde es im Interesse der Mitglieder begrüßen, wenn die Zahlung der Arbeitslosenunterstützung vom Tage nach der Meldung beginnt. Auch den § 84 des Statuts halte ich nicht im Interesse der Mitglieder liegend, und wünschte, daß er ganz gestrichen würde, da ja doch einem Arbeitslosen nur sein ihm statutarisch zustehender Satz gezahlt werden kann. Den § 44 (betreffs Umzugsunterstützung) wünschte ich dahin abzuändern, daß die Unterstützung nicht schon nach einem Jahr, sondern nach einer Mitgliedschaft von mindestens drei Jahren gezahlt würde, denn heute ist jeder in der Lage, beiseite seine Mitgliedschaft zu erwerben, auch könnte eine Erhöhung der betreffenden Unterstützung den Mitgliedern nur zum Vorteil gereichen. Im Streikreglement möchte ich eine Bestimmung eingefügt wissen, dahin lautend, daß verheirateten Kollegen, welche während eines Streiks, an welchem sie beteiligt sind, an anderen Orten arbeiten und wohnen müssen, für ihre am Orte verbleibenden Familienangehörigen ein Teil der Streikunterstützung gezahlt wird. Diese Maßregel würde hoffentlich für manche Bewegung, sowie auch für die Hauptkasse von Vorteil sein. Was die Frage der Erhöhung der Beiträge sowie Einführung der Erwerbslosenunterstützung anlangt, so kann wohl jeder, welcher die Kosten der Lohnbewegungen der letzten Jahre studiert, sich der Notwendigkeit der Erhöhung des Beitrags nicht verschließen, denn die wirtschaftlichen Kämpfe werden immer hartnäckiger und langwieriger. Anders jedoch liegt es mit der Einführung der Erwerbslosenunterstützung, diese Frage muß vor allen Dingen erst genügend erwogen werden. Persönlich bin ich nicht Gegner derselben, doch von der unbedingten Notwendigkeit kann ich mich vorläufig noch nicht überzeugen. Es wäre angebracht gewesen, wenn der Vorstand einen Entwurf mit veröffentlicht hätte, aus dem zu ersehen ist, unter was für Bedingungen die Unterstützung gezahlt werden soll. Auch ist es mir nicht denkbar, daß mit nur 10 Pf. Extrabeitrag eine halbwegs nennenswerte Unterstützung gezahlt werden kann. Als Vorbild könnten uns die Hilfskassen dienen, welche gezungen sind, die Beiträge zu erhöhen und die Leistungen herabzusetzen; sollte es hier vielleicht anders werden? Aber eine andere Frage ist hier noch zu erwägen, und zwar: Sind bei Erhöhung der Beiträge auf 50 Pf. die kleineren und mittleren Orte noch in der Lage, ihre bisher gezahlten Lokalt Beiträge weiter zu erheben? Ich glaube, diese Frage kann man getrost verneinen, denn wir erhalten in nächster Zeit einen so hohen Beitrag, daß einem großen Teil unserer Kollegen die Erhöhung des Beitrags zur Eringung besserer Lebensbedingungen ist unbedingt notwendig, dagegen ist die Einführung der Erwerbslosenunterstützung einer späteren Zeit zu überlassen.

Osw. Heynemann-Gilenburg.

Ein Einzelmitglied, Kollege W. Wulff in Bleckmar bei Bergen ist der Ansicht, daß es jedem einsichtigen Kollegen klar sein muß, daß die Erhöhung des Beitrags von 35 auf 40 Pf. notwendig ist; doch ist der Kollege gegen Einführung der Krankenunterstützung, schon in Rücksicht auf den Mangel jeder Kontrolle bei den Einzelmitgliedern. Und einen Beitrag von 70 Pf. pro Woche, wie ihn Kollege Schmidt-Gölln vorschlägt, könnten junge Kollegen an kleinen Orten, die bei freier Station nur 6 bis 7 Mk. wöchentlich verdienen, nicht zahlen. Wer sich gegen Krankenunterstützung verschließen wolle, möge der Hamburger Tischlerkassette beitreten. Weiter wendet sich genannter Kollege gegen die Einführung von Staffelleistungen. Einmal sei schlecht zu kontrollieren, ob der einzelne Kollege wirklich den niedrigeren Lohn verdiene, dann aber sei es einem Kollegen auf dem Lande mit 3 Mk. Wochenlohn nicht möglich, den höheren Beitrag zu zahlen als dem Kollegen in der Stadt mit 4 Mk. Wochenlohn. Deshalb ist er für den 40 Pf.-Beitrag.

Die Zahlstelle Bietigheim sprach sich nach einem Referat des Kollegen Gisele einstimmig für Einführung des 50 Pf.-Beitrags sowie der Erwerbslosenunterstützung aus.

Eine Beitragserhöhung gibt immer Veranlassung zu recht viel Kritik. Selbstverständlich ist eine solche berechtigt, und jeder Kollege meint, mit seiner Kritik das Richtige zu treffen. Das Hauptaugenmerk muß meines Wachtens bei der Beitragserhöhung auf die Beseitigung oder Einschränkung der Mitgliederfluktuation gerichtet werden. In größeren Städten werden Beitragserhöhungen ja leichter überwunden als in kleinen; immerhin stimme ich dem Wiesbadener Kollegen bei, daß es bei Einführung der Krankenunterstützung leicht sein wird, den 50 Pf.-Beitrag ohne Schaden für den Verband durchzuführen. In Orten mit günstigeren Arbeitsverhältnissen kann ja ein Extrabeitrag für die Lokalkasse erhoben und ein Zuschuß zur Unterstützung geleistet werden.

P. K.-Ginsiedel b. Chemnitz.

Kollege G.-Mschaffenburg begrüßt den Vorschlag des Vorstandes auf Einführung der Krankenunterstützung. Den Beitrag würden die Kollegen leicht zahlen können, hätten sie doch so keine Gelegenheit, in gebundenen Tagen sich einen Notgroschen zurückzulegen. Mit Hilfe dieser Unterstützung könnten wir auch die flauen Elemente mehr an den Verband fesseln, so daß sie uns nicht bei jeder Gelegenheit schamlos flüchten werden. Möge nur auch der Beitrag so hoch bemessen werden, daß der Verband etwas Ordentliches leisten könne. Es werde leicht sein, den Kollegen begreiflich zu machen, daß die Beitragserhöhung notwendig und zu ihrem Vorteil ist. Schauen wir uns nur im Alltagsleben. Der wird krank, jener erleidet einen Unfall, es waren ganz tüchtige Kollegen, ihre Notlage drückt sie aber herab, so daß sie mit uns nicht mehr Schulter an Schulter kämpfen können. Das muß auch dem Kollegen in der kleinsten Zahlstelle einleuchten, daß es für die organisatorische Arbeit von großem Vorteil sein wird, wenn der Verband auch in solchen Notlagen des Lebens bessernd eingreift.

Soziales.

Ein Entwurf über die Heimarbeit

hat die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag eingebracht. Danach soll die Anzeigepflicht für die Räume, wo Heimarbeit betrieben wird, eingeführt werden. Die in der Heimarbeit beschäftigten Personen sollen von den Ortsbehörden in einer Liste geführt werden. Ferner schreibt der Entwurf die Einführung von Lohnbüchern vor. Die Herstellung von Nahrungs- und Genussmitteln in der Heimindustrie soll untersagt werden und der Bundesrat das Recht erhalten, auch in anderen Fällen ein Verbot eintreten zu lassen. Die Arbeitszeit soll nicht vor 6 Uhr früh beginnen und nicht länger als bis 8 Uhr abends dauern, Sonnabends umf. nur bis halb 6 Uhr; Sonntags und Feiertags soll nur in Notfällen gearbeitet werden dürfen. Ferner sollen die Bestimmungen der Gewerbeordnung, die den Schutz der Kinder und jugendlichen Arbeiter betreffen, auf die Heimindustrie Anwendung finden. Das Mitgeben von Arbeit nach Hause soll verboten werden. Arbeiten des Reichs, der Einzelstaaten und der Gemeinden sollen nur solchen Unternehmern übertragen werden, die eigene Werkstätten haben und sich verpflichten, die mit den Arbeitern vereinbarten Tarifverträge einzuhalten. Weitere Vorschriften betreffen die Einführung von Arbeitsordnungen für Betriebe mit mehr als fünf Personen, die Einführung der Versicherungspflicht, Vorkahrungen bei ansteckenden Krankheiten, Ausdehnung der Gewerbeaufsicht auf die Heimindustrie, Strafbestimmungen (von 100 bis 2000 Mk. und Gefängnis bis zu drei Monaten), die Einführung der Zuständigkeit der Gewerbegerichte als Einigungsämter bei Differenzen in der Heimindustrie und die Einführung von Minimallohn auf Antrag der Arbeiter. Das Gesetz soll ein Jahr nach dem Tage seiner Verkündung in Kraft treten.

Diese Forderungen sind so maßvoll, daß der Einwand, sie seien undurchführbar, nur von Leuten geltend gemacht werden könnte, die an der Fortdauer der schrecklichen Zustände in der Heimindustrie mit ihrem Profitinteresse engagiert sind.

Ein Jubiläum können die Gewerbegerichte in diesem Jahre begehen. Am 18. März 1806 erschien das Gesetz, durch welches das erste Gewerbegericht eingeführt wurde. Es handelte sich hierbei um ein Gesetz, das von Napoleon erlassen, zunächst ein Gewerbegericht in Lyon ins Leben rief. Obwohl diese Einrichtung ursprünglich nur für die eine Stadt bestimmt war, breiteten sich die Gewerbegerichte (Conseils des prud'hommes, Gerichtshöfe von Sachverständigen heißen sie im Französischen) sehr bald in ganz Frankreich aus, und da das linke Rheinufer damals zu Frankreich gehörte, hatten auch deutsche Landestelle Nutzen von dieser Einrichtung. Auf Grund des erwähnten Gesetzes wurde am 1. April 1808 ein Gewerbegericht in Aachen-Burtscheid eröffnet, dem drei Jahre später solche in Köln und in Crefeld folgten.

Nach dem Sturze Napoleons die Rheinlande wieder deutsch wurden, wurden dort, zur geringen Freude der Einwohner, auch wieder preussische Zustände eingeführt, doch hielt man es für angemessen, die Gewerbegerichte zu belassen; es wurden sogar in allen preussischen Landesteilen ähnliche Einrichtungen geschaffen. Durch die Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund vom Jahre 1869 wurde die Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten den Gemeindebehörden übertragen, denen gestattet wurde, Gewerbegerichtsgerichte zu bilden, die mit der Zeit in allen größeren Städten errichtet wurden. Im Jahre 1890 kam schließlich das Reichsgesetz über die Gewerbegerichte zustande, welches im Jahre 1901 einer gründlichen Revision unterzogen wurde. Seitdem ist die Errichtung von Gewerbegerichten in Gemeinden über 20000 Einwohner obligatorisch.

Es muß anerkannt werden, daß die Gewerbegerichts-gesetzgebung einen Fortschritt bedeutet, der es einem großen Teil der Arbeiter gestattet, auf schnelle und billige Art Recht zu finden. Doch so ist nicht übersehen werden, daß dem geltenden Gewerbegesetz noch eine ganze Reihe von Mängeln anhaften, deren Beseitigung angestrebt werden muß.

Arzt und Apotheke. Die Berliner Orts- und Betriebskrankenkassen haben im letzten Statsjahr für ärztliche Behandlung und für Arznei und Heilmittel 2 521 230,85 Mk. beziehungsweise 2 445 082,62 Mk. ausgegeben. Gegen das Vorjahr ergibt sich auf den Kopf der Mitglieder berechnet bei den beiden Statsposten eine Steigerung von 0,24 beziehungsweise 0,21 Mt.

Preussens Bevölkerung. Die „Statistische Korrespondenz“ meldet: Nach der vorläufigen Ermittlung der Volkszählungsergebnisse vom 1. Dezember 1905 beträgt die Bevölkerung Preussens 37 273 762 gegen 34 472 509 Personen am 1. Dezember 1900. Die Zunahme beträgt 8,13 Prozent oder durchschnittlich jährlich 1,57 Prozent. Von den Provinzen hat Ostpreußen 2 084 598, Westpreußen 1 641 964, Stadtkreis Berlin 2 085 815, Brandenburg 3 529 796, Pommern 1 684 125, Posen 1 986 329, Schlesien 4 935 494, Sachsen 2 978 659, Schleswig-Holstein 1 504 839, Hannover 2 753 699, Westfalen 3 617 841, Hessen-Nassau 2 070 081, Rheinland 6 432 929 und Hohenzollern 68 098 Einwohner. Es sind 263 Städte mit 10 000 und mehr, sowie 91 Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern vorhanden. Erstere haben 13 325 049, die großen Landgemeinden 1 757 846 Einwohner.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Den nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung erteilt, den angegebenen Lokaltbeitrag neben dem ordentlichen Verbandsbeitrag zu erheben, und zwar ab 15. Februar: Langensalza 5 Pf. pro Woche; ab 1. April: Sulzbach 5 Pf. pro Woche.

Verschiedene Zahlstellen sind mit der Bestellung der Prüfschüre: „Verhandlungen der Fürsten- und Fürstlichen Konferenz in Nürnberg“ noch im Rückstand. Wir ersuchen, die benötigte Anzahl umgehend anzugeben, damit die Verbreitung keine Verzögerung erleidet.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:
 100280 Wilhelm Nahlf, Tischler, geb. 9. 12. 74 zu Krembs.
 101206 Max Salzer, Tischler, geb. 19. 11. 80 zu Oberplanitz.
 116229 Franz Remel, Schreiner, geb. 28. 3. 84 zu Dahnitz.
 151548 Fritz Junkuhn, Tischler, geb. 29. 6. 74 zu Pomgaller.
 157582 Otto Wönisch, Tischler, geb. 12. 10. 67 zu Danzig.
 183470 Franz Hamann, Korbmacher, geb. 7. 12. 86 zu Klotzsch.
 258254 Joh. Rothkoppel, Drechsler, geb. 22. 12. 86 zu Leipzig.
 268594 Fritz Guttman, Tischler, geb. 30. 3. 87 zu Frankfurt a. O.
Stuttgart, Adlerstraße 48. Der Vorstandsvorstand.

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

Vorort München. Wie den Zahlstellen bereits durch Rundschreiben bekannt gemacht worden ist, findet die Gaukonferenz am Sonntag den 18. und Montag den 19. März in München, „Café Dall'Armi“, Kaufingerstraße, statt. Die Verhandlungen beginnen am 18. März, vormittags 10 Uhr, und schlägt der Gauvorstand folgende Tagesordnung vor: Bericht des Gauvorstandes. Berichte der Zahlstellen. „Bildungs- und Aufklärungsarbeit durch die Organisation.“ Referent Kollege A. Rath. Anträge zum Gau- und Verbandstag.

Die Delegierten, welche die Zeit ihrer Ankunft mitteilen, werden am Hauptbahnhof erwartet. Erkennungszeichen: „Holzarbeiter-Zeitung“. Der Gauvorstand.
 S. A.: Ant. Rath, Humboldtstraße 40 I.

Vorort Stuttgart. Sonntag den 15. April findet in Karlsruhe unser Gautag statt. Beginn vormittags 11 Uhr im Palmengarten. Tagesordnung: 1. Rassen- und Tätigkeitsbericht. 2. Agitation und Organisation. 3. Erwerbslosenunterstützung. 4. Anträge und Verschiedenes.

Wir wünschen, daß jede Zahlstelle vertreten ist. Anträge und die gewählten Delegierten wolle man uns bis zum 10. März mitteilen. Zirkulare sind an alle Zahlstellen versandt worden.
 S. A.: Gg. Raub.

Konferenz des sechsten Gaues.

Die Konferenz tagte am 11. Februar in Chemnitz im Volkshaus „Kosloffum“ und war von 59 Delegierten aus 51 Zahlstellen besetzt, ferner nahm Kollege Schneegaß vom Hauptvorstand an derselben teil.

Aus dem Geschäftsbericht des Kollegen Thielemann ist hervorzuheben, daß im Jahre 1904 151, im Jahre 1905 178 Versammlungen seitens des Gauvorstandes arrangiert worden sind. Im Jahre 1904 vermehrten sich die Zahlstellen von 45 auf 49, die Mitgliederzahl stieg von 4081 auf 5265. Durch die neue Gaueinteilung verblieben dem Gau Chemnitz 48 Zahlstellen, wohingegen die Mitgliederzahl auf 8620 stieg. Am Schlusse des Jahres 1905 zählte der Gau 10665 Mitglieder in 54 Zahlstellen. Besonders gute Fortschritte wurden im Erzgebirge, in Schönheide und Raschau sowie unter den Knapparbeitern in Schmölln gemacht, der Gauvorstand sei aber der Überzeugung, daß bezüglich der Agitation noch viel mehr als bisher geschehen müsse. Vor allem empfehle sich eine Regelung der Mitgliederversammlungen, diese sollten nach Möglichkeit alle vier Wochen, und zwar Mitte der Woche und nicht Sonnabends alle stattfinden, um so dem Gauvorstand die Möglichkeit zu geben, möglichst zu allen Versammlungen Referenten zu entsenden. So werde es besser gelingen, die zirka 7000 noch außerhalb unserer Organisation stehenden Kollegen zu organisieren. Die Lohnbewegung war sehr umfangreich und konnte zumeist ohne Streit zum Abschluß gebracht werden. Insgesamt erzielten im Jahre 1905 1504 Kollegen eine Lohnerhöhung von 8,1 Pf. pro Stunde und 1305 Kollegen eine Arbeitszeitverkürzung von 8,8 Wochenstunden im Durchschnitt. Verloren gingen der Gummiarbeiterstreik in Leipzig, der Streik der Stenistischer in Leipzig und der Galanteriearbeiter bei Dr. Stoll in Leipzig.

In der sehr lebhaften Diskussion wurde der Tätigkeit des Gauvorstandes fast allgemeine Anerkennung zu teil, nur Kollege Voigt-Altenburg erhob eine Beschwerde gegen den Gauvorstand, die aber als unbegründet zurückgewiesen wurde. Bemängelt wurde die jetzige Gaueinteilung; gefordert wurde mehr Agitation, besonders im Erzgebirge. Die beiden Anträge, welche eine besondere Agitation unter den Korbmachern und Maschinenarbeitern verlangen, wurden dem Gauvorstand überwiesen. Auf Antrag Leipzig wurde beschlossen, den Delegierten zur Gaukonferenz pro Tag 6 Mk. Däten und Fahrgeld und Arbeitszeitentwädigung zu zahlen. Ein Antrag Eisenberg, die Gaukonferenz möge Stellung zum Verhalten der „Holzarbeiter-Zeitung“ bei Streiks und Aussperrungen nehmen, erledigte sich dadurch, daß man allgemein die Ansicht vertrat, daß den Lokalverwaltungen die Maßnahmen in dieser Beziehung nicht ohne weiteres beschnitten werden dürfen (!) und sind in strittigen Fällen die Verbandsfunktionäre zu hören. Eine anderweitige Regelung der Besichtigung der Gautage wurde abgelehnt; die Zahlstellen sollen künftig nur noch freiwillige Beiträge an die Gaukasse leisten. Die Delegationskosten der kleineren Zahlstellen zum Gautag sollen aus der Gaukasse gezahlt werden.

Darauf sprach Kollege Schneegaß über „Unsere Taktik bei Lohnbewegungen“. Eine Resolution, welche sich mit seinen Ausführungen einverstanden erklärte, fand einstimmige Annahme.

Alle Anträge, welche eine Verkürzung der Karenzzeit bei Arbeitslosenunterstützung bezweckten, fanden nicht die nötige Unterstützung, dagegen fand ein Antrag Annahme, der die jugendlichen den weiblichen Arbeitern bezüglich der Beiträge und Unterstützungen in der Organisation gleichgestellt wissen will. Gegen den Antrag auf Einführung der Kranken- oder Erwerbslosenunterstützung nahmen besonders die Leipziger Kollegen scharf Stellung; sie bezeichneten den Antrag als eine Ueberumpelung. Ebenso wandten sich die Delegierten von Chemnitz, Gera, Zeitz usw. dagegen, man müsse vor allem die nötigen Kampfmittel schaffen, deshalb werde man die Beitragsentwädigung um 5 Pf. ohne weiteres akzeptieren. Der Antrag auf Einführung der Krankenunterstützung wurde denn auch mit 25 gegen 11 Stimmen abgelehnt; ein Teil der Delegierten besand sich schon auf dem Wege zum Bahnhof.

Nach einem auferwundenen Schlußwort des Vorsitzenden und mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband wurde die Konferenz geschlossen.

Korrespondenzen.

Berlin. (Bürstenmacher.) Nach einem Vortrag des Kollegen Leopold über „Alford und Lohnarbeit“ beschäftigte sich die Branchenversammlung vom 17. Februar mit dem Streit in der Schleifbürstenbranche. Infolge ungünstigen Geschäftsganges einzelner der beteiligten Betriebe hatten sich die Verhandlungen mehrere Wochen hingezogen. In zwei Betrieben kam es zur Arbeitsniederlegung, die jedoch nach einer Woche beendet und die Forderungen der Kollegen teilweise, wie auch in den anderen Betrieben bewilligt wurden. Am 13. März ist eine weitere Besprechung mit den Unternehmern vorgesehen, um eine endgültige Regelung der Lohnverhältnisse in der Schleifbürstenbranche herbeizuführen, da sich verschiedene Arbeitgeber bereits verpflichtet haben, den vollen Tarif vom 1. April ab zu bezahlen. Leider hielten es die Herren Bank, von den Kniestädtern bei der Firma Vogelmann, sowie Georg Müller, der in letzter Zeit unserem Verband beigetreten war, bei der Firma Böding für notwendig, Streitarbeit zu verrichten. Letzterer ist bereits vom Verband ausgeschlossen worden. Die Kollegen wurden, außer einem, nach Ablauf einer Woche bei Vogelmann wegen Arbeitsmangel wieder entlassen. Der Arbeitswillige Bank hat ebenfalls seine Tätigkeit dortselbst wieder einstellen müssen. Im allgemeinen verurteilte die Versammlung das Verhalten der Kollegen bei der Firma Stauder, Engelfuser. Da dortselbst trotz Überstunden ein verhältnismäßig geringer Lohn erzielt werde, bleiben die Kollegen dennoch den Verbandsversammlungen fern. Verband und Parteipresse scheinen dort nicht gebüdet zu werden.

Coblenz. Am 8. Februar (!!) sprach hier im Gewerkschaftshaus Kollege Bueckendahl in einer öffentlichen Versammlung über das Thema: „Ist das Bestreben der hiesigen Holzarbeiter zur Verbesserung ihrer Lebenslage berechtigt.“ Nebener führte den Kollegen, die leider nur wenig zahlreich erschienen waren, ihre ungünstige Lebenslage vor Augen — besonders ungünstig liegen die Arbeitsverhältnisse in den beiden Pianofortfabriken — und empfahl zur Verbesserung derselben Anschluß an den Deutschen Holzarbeiterverband. — In der Mitgliederversammlung vom 17. Februar beschäftigten sich die hiesigen Kollegen mit den Vorschlägen des Vorstandes in Nr. 6 der Zeitung. Eine Einschränkung der Lohnbewegung dürfe nicht stattfinden und werde man gern den höheren Beitrag zahlen. Einhellig sprach man sich auch für Einführung der Krankenunterstützung in dem Verband aus. — Am 17. März findet unsere nächste Mitgliederversammlung statt. In derselben wird Kollege Hessinger vom Gautag Bericht erstatten und die Wahl des Delegierten zum Verbandstag erfolgen. Kollegen, erscheint alle in dieser Versammlung und agitiert immer fleißig für den Verband, damit wir endlich auch einmal in Coblenz vorwärts kommen.

Öln. In einem im Herbst von der Zahlstelle Öln des christlichen Verbandes herausgegebenen Flugblatt war zu lesen: „Die Freistellung des Lokalbeamten belastete die Lokalasse derart, daß bei dem bisherigen Beitrag in normalen Zeiten die Ausgaben gerade von den Einnahmen gedeckt werden konnten.“ Angekündigt müssen aber Beamte werden, auch wenn die ganze Einnahme damit zum Teufel geht. Und wenn die Beamten nicht die genügende Beschäftigung vorfinden, so machen sie sich welche, und sie lassen Heftartikel und Verleumdungen vom Stapel. — Der christliche „Holzarbeiter“ beschäftigt sich in seiner Nummer 8 mit dem Bericht unserer Stellmacherei. Uns interessiert an dem Geschreibsel nur das Versprechen der Tatsache, daß die christliche organisierten Stellmacher bei Scheele tatsächlich vor Beilegung der Differenzen christliche Streikbrecher in den Betrieb hineinbrachten. Das Versprechen dieser Tatsache ist nur zu berechtigt, es ist das Schwereigen der Schulbewuchter. Auf diese Weise, wie es hier bei Scheele geschah, durch ihre Handlangerdienste, die sie den Unternehmern leisten, verpfuschen die Christlichen jede Lohnbewegung, über diese Tatsache helfen auch unrichtige Zitate von Arbeiterführern nicht hinweg. — Die christlichen schleppen während des Streiks eine große Masse von „Kleinrenten“ als Streikbrecher nach Öln, und wenn dann dieselben an irgend einer Stelle in Streit kamen und bekamen eins ausgewischt, so suchten sie dann den Läter unter den Streikenden. So erhielt der Schreiner Anton L. eine Anklage zugestellt, er sollte christliche mißhandelt haben. Der Angeklagte hatte aber an dem Tage, wo es geschehen sein sollte, an einer Familienfeier teilgenommen und war in der Lage, dieses durch mehr als ein Duzend einwandfreier Zeugen beweisen zu können; kurz vor dem Termin bekam er und seine Zeugen auch die Mitteilung, der Termin sei aufgehoben. Dann suchte man einen Schreiner mit einem schwarzen Vollbart, und weil sich unter den Streikenden auch einer befand, der einen solchen hatte, so wurde er mehreremal auf das Polizeibureau zur Gegenüberstellung vorgeladen, und machte man auch diesen eine Anklage, doch wurde er freigesprochen. Dann suchte man wieder einen mit einem Spitzbart und fand auch einen, und die Anklage war fertig. Vor Gericht erklärte einer dieser Christlichen als Zeuge: „Ich bekam von hinten einen Übergehauen, und wie ich mich umdrehe, sehe ich, wie sich einer schleunigst entfernte, und ich vermute, daß er einen Spitzbart trug.“ Auf die Frage des Vorsitzenden, wofür er dies vermute, blieb er die Antwort schuldig. Der Staatsanwalt beantragte selbst die Freisprechung, welche auch erfolgte. Daß die Gerichte, welche in verschiedenen Fällen Kollegen verurteilten, in ihrem Urteil sehr scharf waren, geht aus den verschiedenen Urteilen hervor. Wegen einer unbedachten Äußerung wurden gleich mehrere Tage Gefängnis verhängt. Für den Ausdruck „du dumme Kerl“ geht auch noch arbeiten, wo wir am „Streiken sind“, bekam ein Kollege zwei Tage Gefängnis. Ein Kollege ließ sich dazu hinreißen, als er einen Christlichen angesprochen hatte und dieser ihn mit gemeinen Worten beleidigte, ihm einen Fußtritt zu versetzen. Dafür erhielt er vom Gericht eine Woche Gefängnis; der Staatsanwalt hatte 50 Mk. Geldstrafe beantragt. Das Verhalten der Christlichen und ihrer Führer sowie ihre Denunzationswut wurde in einer Verhandlung von einem als Zeugen vernommenen Schutzmann wie folgt geschildert: „Es sind damals so viele Anzeigen von den Christlichen gekommen, daß wir die Anzeigen nicht sofort aufnehmen konnten; wir machten bloß Notizen und schrieben nachher die Anzeige.“ Aber so viele Anzeigen hatten die Christlichen gemacht, daß die Polizei sie nicht alle sofort aufnehmen konnte; wo auch

nur ein Streikender einen Christlichen anredete, wurde sofort Anzeige bei der Polizei erstattet, unter dem Vorgeben, er sei beleidigt oder bedroht worden. Auch der christliche Gewerkschaftsbeamte Heimüller hat selbst Anzeigen erstattet, wie erst noch vor kurzem aus einem Gerichtsbericht hervorging; kein Wunder, wenn diese Sippschaft zusammen mehr Anzeigen fertig bringt, als die Polizei bewältigen kann. Bezeichnend für ihre Anzeigen ist es, daß bis jetzt von den Angeklagten 19 freigesprochen wurden. Wenn aber die christlichen Führer von Verletzung der Arbeiter durch Führer der freien Gewerkschaft reden, so gibt es doch keine schlimmere Art, die Arbeiter zu verheizen, als der organisierte Streikbruch, der hier in Öln von den christlichen Führern betrieben wurde. Die freien Gewerkschaften und ihre Führer entschuldigen keineswegs die Handlungsweise der Arbeiter, wenn aber ein Arbeiter durch einen solchen Verrat, wie die Christlichen und ihre Führer hier in Öln verübten, sich zu einer gegen das Gesetz verstoßenden Handlungsweise hinreißen läßt, so trifft die Verantwortung diejenigen, welche die Arbeiter, die für Besserstellung ihrer Lebenslage kämpften, durch organisierte Streikbrecher gegeneinander hetzten.

Cöln. Am 10. Februar fand hier eine öffentliche Versammlung statt, in der zunächst Kollege Stindelang über die Mißstände bei den Holzarbeitern am Orte sprach. Vorzüglich bemängelte er, daß am Orte noch die 11 und 11 1/2 stündige Arbeitszeit und Löhne von 2 bis 3,60 Mk. existierten, und empfahl allen Kollegen, zur Verbesserung unserer Lage dem Verband beizutreten. Als wir vor zwei Jahren Forderungen stellten, erklärten die Meister kurzweg, was wir mit den 40 Männle wollten; deshalb müssen sich jetzt alle Kollegen organisieren, damit wir in diesem Jahre einen Schritt nach vorwärts machen können. In der Diskussion wurde hervorgehoben, daß die Maurer und Zimmerer jetzt schon die 10 stündige Arbeitszeit haben, so daß es uns um so leichter sein muß, diese Arbeitszeit und eine Lohnerhöhung durchzusetzen. Der Appell zum Beitritt in den Verband war nicht ganz fruchtlos, 18 Kollegen sind infolgedessen dem Verband beigetreten, so daß wir jetzt 155 Mitglieder zählen, die höchste Zahl seit dem sechsährigen Bestehen unserer Zahlstelle. Nur weiter so, dann werden wir auch größere Erfolge erzielen.

Hannover. (Pantinenmacher.) An die Lokalverwaltungen und Einzelmitglieder des Verbandes ergeht das Ersuchen, folgende Angaben möglichst bald an die unterzeichnete Adresse zu senden: Wieviel Pantinenmacher sind am Orte beschäftigt? Wieviel gehören dem Deutschen Holzarbeiterverband, wieviel anderen Verbänden, zum Beispiel Lokalvereinen, dem christlichen oder dem Hirsch-Dunkerischen Gewerksverein an? Erwünscht wäre es, wenn diese Angaben auch für solche Orte gemacht werden könnten, an welchen unser Verband nicht vertreten ist. Auch ist es zweckmäßig, wenn dem einzelnen Ort beigefügt wird, zu welchem Gau er gehört. Diese Mitteilungen werden erbeten an Karl Sperling, Pantinenmacher in Hannover, Ernst-Luguststraße 6 II.

Mannheim. In einem Bericht über den Streit bei der Firma Brenneis, der in Nr. 6 der „Glaser-Zeitung“ abgedruckt ist, wird in wenig anständiger Weise gegen den Kollegen Rehsfeldt, den Bevollmächtigten unserer dortigen Zahlstelle, polemisiert. Um die erhobenen Verleumdungen zurückzuweisen, wurde uns eine eingehende Darlegung des Sachverhalts gegeben, welcher wir das folgende entnehmen: Nachdem die Maschinenarbeiter eine Lohnerhöhung durchgesetzt hatten, stellten auch die Glaser Forderungen, und zwar verlangten sie die Erhöhung des Alfordpreises für eine Arbeit, welche schon zur Hälfte fertiggestellt war. Am 9. Januar machte Brenneis durch Anstreichen an die schwarze Tafel bekannt, daß am 10. der Betrieb geschlossen bleibe; mündlich teilte er aber den Schreibern und Maschinenarbeitern mit, daß sie arbeiten könnten, nur die Glaser sollten feiern. Diese Maßnahmen wurden als Aussperrung aufgefaßt, und die Schreiner und Maschinenarbeiter verweigerten ebenfalls die Weiterarbeit. Auf telephonische Anfrage erklärte sich Brenneis dem Kollegen Rehsfeldt gegenüber zu Verhandlungen bereit und sollten am folgenden Tage alle Arbeiter wieder anfangen. In einer am selben Abend abgehaltenen Versammlung empfahl Rehsfeldt die Wiederaufnahme der Arbeit, einestheils, weil der Vorstandsvorstand den Streit noch nicht genehmigt hatte, dann aber auch, weil Aussicht vorhanden war, das erstrebte Ziel auch ohne Streit zu erreichen. Dieser Vorschlag wurde von den Gläsern und speziell von ihren Vorstandsmitgliedern sehr übel aufgenommen, obwohl der Vorsitzende Weigel sich am selben Tage noch sehr abfällig über das Organisationsverhältnis seiner Kollegen geäußert hatte. Es wurde also weitergestreift. Die Verhandlungen fanden aber trotzdem statt und wurden dabei einige Zugeständnisse erzielt, mit welchen jedoch die Streikenden nicht zufrieden waren. In einer Versammlung der Glaser, welche am 18. Januar stattfand, wurde der Kollege Rehsfeldt mit Bannwürfen überhäuft. Er erklärte dort, daß wenn die Versammlung den Streit proklamieren sollte, die Holzarbeiter dazu erst Stellung nehmen müßten. Diese Äußerung wird in der „Glaser-Zeitung“ ganz unsinnig verdreht. Bei der Fortführung der Verhandlungen machte Brenneis Zugeständnisse, mit welchen sich, selbst nach Annahme des Vorsitzenden des Glaserverbandes, Weigel, die Streikenden zufrieden geben konnten. Diese waren aber nicht zufrieden, sondern verlangten nunmehr noch eine 15prozentige Lohnerhöhung. In einer kombinierten Sitzung der Lokalverwaltungen der Holzarbeiter und Glaser wurde einstimmig beschlossen, den Streikenden zu empfehlen, auf Grund der erzielten Zugeständnisse die Arbeit aufzunehmen. Am folgenden Tage hatten aber die Vorstandsmitglieder des Glaserverbandes nicht mehr den Mut, die Streikenden von dem gestifteten Beschluß in Kenntnis zu setzen, und es wurde weiter gestreift, bis nach acht Tagen vor dem Gewerbegericht eine Einigung erzielt wurde. Hierbei wurde aber lediglich das bestätigt, was schon in der erwähnten Verhandlung zugestanden war. — Die Behauptung, daß unsere Mitglieder nicht unterstellt worden wären, ist unwahr, und ebenso unwahr ist die Behauptung, daß sie zum Streikbruch aufgefordert wurden. Nichtig ist lediglich, daß die Angehörigen des Holzarbeiterverbandes aufgefordert wurden, sich andere Arbeit zu suchen, nachdem sich herausstellte, daß unsere Lokalverwaltung von den Gläsern hintergangen wurde. Wenn an diesem Vorkommnis der Übertritt der Glaser zum Holzarbeiterverband scheitern sollte, dann wäre das zu bedauern — im Interesse der Glaser. Für sie wäre ein Übertritt jedenfalls besser, denn sie würden dann lernen, Lohnkämpfe zu führen.

Ober. In der Korbmacherverkstatt von Barthel haben sich die Kollegen sehr über die Behandlung zu beklagen. Beklagt sich ein Kollege über schlechtes Material oder über die lange Arbeitszeit, so kann er unter Umständen sogar mit dem Knüttel Bekanntschaft machen und die schönsten Garzandenent davontragen. Es wäre sehr angebracht, wenn mit dieser Art Regelung des Arbeitsverhältnisses Schluss gemacht würde.

Schandau. Am 25. Februar konnte endlich nach längerer Pause wieder einmal eine Versammlung abgehalten werden. Kollege Gerlikke-Dresden sprach über „Die Unternehmerverbände und deren Bedeutung für die Gewerkschaften“. Weiter wurde die Abrechnung entgegengenommen und wurde dem Kassierer, Kollegen Pieschel, Entlastung erteilt. Ferner wurde der Bericht vom Streit bei Hauschild entgegengenommen. Zum Gautag nach Dresden wurden die Kollegen Wiedemann und Köhler delegiert. Die Delegierten zum Gautag des Verbandes wurden beauftragt, für die Erhöhung des Beitrags auf 50 Pfennig und Einführung der Kranken- respektive Erwerbslosenunterstützung einzutreten. Unter Punkt „Verbandsangelegenheiten“ erging die wiederholte Aufforderung an die Kollegen, besser als bisher für unsere Interessen einzutreten und die Versammlungen besser zu besuchen, damit nicht wie heute von den 270 Kollegen mit Ach und Krach 50 bis 60 in die Versammlung kommen. Und wenn die Unternehmer zehnmal gegen den Verband Stellung nehmen, um so näher muß auch die Organisation kommen. Kommt alle in die Versammlungen, dann lernt ihr euch alle kennen und schätzen und eure Organisation gewinnt mehr und mehr an Macht und Einfluß.

Schönau und Todtnau. Am 18. Februar fanden in Schönau und Todtnau Versammlungen statt, in welchen Kollege Bernauer-Donaueschingen über die Verhandlungen der Kürsten- und Binselmacherkonferenz in Nürnberg referierte und die Kollegen zum Anschluß an den Holzarbeiterverband anseuerte. Das Referat fand den Beifall der Kollegen. Auch unser Gauvorsitzer, Kollege Raub-Suttgart, sprach über die verschiedenen Vorteile, die die Organisation und speziell unser Verband den Kollegen bietet, und erzielte ebenfalls den Beifall der Kollegen. In Schönau ließen sich auch gleich einige Kollegen aufnehmen, ebenso in Todtnau, wo durch ungünstige Verhältnisse die Versammlung nur mäßig besucht war. Die Kollegen werden sich vorerst der Zahlstelle Vörrach anschließen und soll von dort aus stets Fühlung mit den Kollegen gehalten werden. Mögen sich die Kollegen im Schwarzwald ein Beispiel nehmen an den Kollegen in Schönheide, dann wird auch dort die Organisation festen Fuß fassen und bessere Existenzbedingungen werden dann auch dort Eingang finden.

Solingen. (Schalenarbeiter.) Unsere Versammlungen finden alle vier Wochen Dienstags statt. Obwohl wir das den Kollegen jedesmal durch die Zeitung bekannt geben, kommen doch nur die wenigsten in unsere Versammlungen. Als wenn es mit dem Beitragzahlen allein getan wäre. Wie vieles ist hier nicht zu tun, um andere Verhältnisse herbeizuführen. Und was wir von den Unternehmern zu erwarten haben, das haben doch deutlich die Vorgänge im letzten Frühjahr bewiesen. Und entblödete sich ein Meister zur Stelle war, die Uhr zurückzusetzen, um den Zeitverlust wieder einzuholen. Fortgesetzt werden unsere Kollegen auch schikanert. Hier muß eine starke Organisation eingreifen, da kann nur der Holzarbeiterverband bessernd wirken. Das hat er bei Gebr. Ritter bewiesen, wo auch alle Kollegen der Zahlstelle ihre Solidarität bekundeten. Organisiert euch deshalb alle im Verband, der wird Wandel schaffen, seid aber auch alle einig und legt alles Mißtrauen und alle Feindschaft gegeneinander ab, besucht ferner fleißig die Versammlungen, und dann müßte es mit dem Teufel zugehen, wenn wir nicht bessere Verhältnisse schaffen wollten.

Stuttgart. (Parkettleger.) Die gegenwärtige Geschäftslage ist für die hiesigen Kollegen eine derart schlechte, wie wir sie seit Jahren nicht denken können. Trotzdem wird von einer gewissen Seite immer wieder der wohl unbedeutende Kollegen, hauptsächlich aus dem hiesigen Bereich, zu dem einzigen Zwecke, die Parkettleger am Leben zu halten, zu strafen, weil sie den Mut hatten, voriges Jahr ihre schlimme Lage durch einen Streik zu verbessern. Wir erleben nun das Schauspiel, daß eine ganze Anzahl Münchner Kollegen den ganzen Winter über hier beschäftigt sind, und die besten und tüchtigsten Stuttgarter Bodenleger haben keine Arbeit und fallen dem Verband zur Last. Wir ersuchen deshalb die Kollegen allerorts, Stuttgart zu meiden, indem mindestens ein Drittel der hiesigen Kollegen ohne Arbeit ist und wohl oder übel auch noch den Wanderstab ergreifen müssen. Den hier beschäftigten auswärtigen Kollegen möchten wir an dieser Stelle zurufen, meidet solchen Ort, wo ihr bloß als Zuchtstrafe für die anderen verwendet werdet.

Tübingen. Es liegen schwere fünf Jahre hinter uns, in denen es den Kollegen nur mit großen Opfern gelungen ist, die Zahlstelle vor dem gänzlichen Verfall zu retten. Nun können wir sagen, daß die Krise überwunden ist und wir an der Besserung der hiesigen Arbeitsverhältnisse wirksam arbeiten können. Das ist auch doppelt vorzuziehen, herrschen doch in einzelnen Betrieben geradezu unwürdige Arbeitsverhältnisse. So läßt bei der Firma Schmidt die Behandlung sehr zu wünschen übrig, und der Lohn bietet zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel; auch die Einrichtung des Betriebs, besonders in hygienischer Beziehung, ist sehr mangelhaft. Nicht viel besser liegen die Verhältnisse in der Stuhl- und Möbelfabrik von Schäfer. Löhne von 2 bis 3 Mk. pro Tag sind die Regel; auch hier ist die Behandlung nicht die beste. In beiden Betrieben ist infolgedessen ein starker Arbeiterwechsel. Kollegen, hier muß die Organisation tatkräftig eingreifen, solche Mißstände kann nur die Gewerkschaft beseitigen. Schließt euch deshalb alle dem Verband an, agitiert alle eifrig für unsere Organisation und erscheint alle und regelmäßig in den Versammlungen, dann werden wir bald in die Lage kommen, bessere Verhältnisse uns zu erkämpfen.

Unsere Lohnbewegung.

Zugang ist fernzuhalten von:
Tischlern nach Altensteig (Hb. Maier sen.), Bauzen (Töpfer & Gell), Bernburg, Briegi. Schles., Fischbach i. Taunus (Schmidt), Kürstenwaldea. Spree, Ludwigs-

hafen am Rhein (Geß & Cie.), Mühlhausen in Thüringen, Delß, Prießus (D. F. Schulze), Nemscheid, Rostock (Neptunwerft), Weißwasser (Ortel & Co.);

Tischlern, Drechslern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Konstanz, Lübeck;

Tischlern, Stellmachern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Bielefeld

Tischlern, Stuhlbauern, Gestellbauern, Drechslern, Polierern und Maschinenarbeitern nach Berlinchen, Schandau, Schwallungen;

Stuhl- und Sofaarbeitern, Tischlern, Polierern, Drechslern, Bildbauern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Geringwalde, Hartha, Leisnig, Neuwahlitz, Schweifersheim, Waldheim;

Holzarbeitern nach Kaiserslautern (Weiß & Gildebrand), Stettin (Holzwarenfabrik Koppen);

Klavierarbeitern nach Mannheim (Scharf & Hauf);

Drechslern nach Bernau (Mickert);

Gummidrechslern nach Cassel (Evans & Pistor), Leipzig;

Perlmutterarbeitern, Horn- und Hilfsarbeitern nach Berlin (Abramowski & Steiner);

Zelluloid- und Stockarbeitern, Kammachern nach Leipzig (Mendelsohn);

Korbmachern nach Brandenburg a. H., Magdeburg (Meinecke), Themar (Otto Röder);

Bürstenmachern und Drechslern nach Hamburg, Neuwied (Wüstenfabrik Unterjurn), Unna i. W., Wilhelmssdorf (Michelsohn & Keiner), Schweiz;

Säger- und Sägewerksarbeitern nach Mllach bei München (Th. Kirch & Söhne);

Korzarbeitern nach Schwerin i. M. (Lammers).

In Vauzen dauert der Streik der Vauzener Möbel-fabrik von Töpfer & Gell nun bereits vier Wochen. Es haben sich trotzdem bis jetzt nur drei Arbeitswillige gefunden, die natürlich gut bezahlt werden. Einer davon ist als Meister (Tischler Gärtwig aus Dresden) eingestellt, er macht nach seiner Aussage jetzt nur Probezeit an der Hobelbank, die beiden anderen sind Tischler Prinz, durch einen Agenten von Wien beordert, und Produkthändler Kühn aus Vauzen, Schüllerergasse 4, welche als Gesellen arbeiten. Die Werkmeister Besold und Köhle aus Seibau arbeiten natürlich jetzt auch jeden Abend bis 9 Uhr und Sonntag bis nachmittags 4 Uhr an der Bank. Die Lage der Herren Chefs scheint aber jetzt gar nicht mehr so rosig zu sein, denn sie lassen bereits, um ihre Kundschaft halbwegs zu befriedigen, beim Tischlermeister Serbe in Seibau und beim Tischlermeister Sperling in Demitz-Thumitz arbeiten, das Holz wird für diese in der Fabrik vorgefertigt. Da nun die Herren gemerkt haben, daß die Streikposten nur bis zu einer gewissen Zeit stehen, lassen sie nun das Holz bei Nacht herausfahren, und zwar unter Aufsicht des Werkmasters Besold. Für einen Schrant, für den in der Fabrik 3,45 Mk. gezahlt wurden, bekommen die beiden genannten Kleinmeister 5 Mk. und außerdem das Holz geputzt, gezinkt, Thürnen verleimt und verschiedenes andere, was die Tischler in der Fabrik alles selber machen mußten. Wir glauben aber, daß bei derartigen Unternehmen nicht viel für die Firma heraus-springen wird. Da die Stimmung unter den Umständen eine sehr gute ist, hoffen wir, wenn der Zugang weiter ferngehalten wird, unseren Kampf zu einem für uns günstigen Ende zu führen.

In Berlin gelang es den Korbmachern der Grün-branche bekanntlich im vorigen Jahre, einen Lohnaufschlag von 10 bis 15 Prozent zu erringen. In Franz. Buchholz wurde nur ein Aufschlag von 5 bis 10 Prozent erreicht; die Berliner Meister fühlten sich dadurch beschwert und drohten sogar mit einer Aussperrung, wenn wir nicht in Franz. Buchholz für eine weitere Lohnerhöhung Sorge trügen. Nunmehr gelang es uns, in Franz. Buchholz eine weitere Lohnerhöhung von 10 Prozent durchzusetzen, aber auch in Berlin gelang es uns nach vielgezügigen Zweifeln, eine Arbeitszeitverlängerung von drei Stunden pro Woche und entsprechende Lohnerhöhungen, weiter eine Lohnerhöhung von 5 bis 10 Pf. pro Korb bei schlechtem Material durchzusetzen. Nur in einer Werkstätte stehen die Kollegen noch im Streik. In der Korbrbranche gelang es, bei Habtz den alten Tarif wieder zur Geltung zu bringen. Da die Organisation in der Kugelkorbrbranche nicht die beste ist, mußten sich hier die Kollegen mit 65 Pf. pro Korb zufrieden geben; gefordert war 70 Pf. pro Korb. — Den Kollegen der Gestell-, Lugs- und Korbrbranche empfehlen wir, sich mehr um ihre Organisation, den Holzarbeiterverband, zu kümmern, sollen ihre Arbeitsverhältnisse nicht immer ungünstiger werden, anstatt sich zu verbessern. Die zureisenden Kollegen mögen den Arbeitsnachweis der Zunftmeister in der Dessauerstraße meiden.

In Bernburg ist die Lohnbewegung der Tischler mit vollem Erfolg für uns am 3. März beendet worden. Er-rungen sind dadurch die 9/10 stündige Arbeitszeit statt der bisherigen zehnstündigen, 8 Pf. Lohnaufschlag von sofort ab und weitere 2 Pf. vom 1. Juli d. J. ab, Minimallohn 36 Pf. statt wie bisher 32 Pf. Die Arbeitgeber, die die Absicht bekundeten, verschiedene ihrer Instanzen noch erst mitzupreden lassen zu wollen, was direkt auf eine Verschleppung der Sache hinausgelaufen wäre, traten sofort mit uns in Unter-handlungen, als am 26. Februar die Kollegen in 27 Werk-stätten die Arbeit niederlegten. Nach drei Tagen schon war sich die Kommission einig, und die Arbeit konnte mit Aus-nahme von zwei Werkstätten wieder aufgenommen werden. Der Vertrag über die neueregelten Arbeitsbedingungen ist mit unserer Organisation abgeschlossen und hat zwei Jahre Gültigkeit.

In Brandenburg ist die Aussperrung bei der Fahrwad- und Kinderswagenfabrik Gebr. Reichstein beendet. Die Ur-sachen der Aussperrung sind durch Vergleich beseitigt worden. In der letzten Woche hatte die Firma die Aussperrung offiziell aufgehoben und glaubte nun die beschäftigten Ar-beiter würden sofort wieder in den Betrieb zurückkehren. Er-pfindlicherweise finden sich Arbeitswillige nicht in nennens-wertiger Zahl, nur einige nichtorganisierte, sowie 3 Gewerk-vereiner, fanden sich in der Holzbranche bereit, der Firma als Helfer in der Not beizuspringen. Auch in den übrigen Abteilungen waren Arbeitswillige nicht in nennenswerter Zahl zu verzeichnen. Dies hat wohl die Firma veranlaßt,

doch den Forderungen der Arbeiter Rechnung zu tragen. Die Arbeit wird am 5. März wieder aufgenommen.

In Cassel wurde nunmehr mit dem Korbfabrikanten Hoffmann ein Vertrag abgeschlossen, der den Kollegen die zehnstündige Arbeitszeit, die 1/10 stündige Mittagspause, Be-seitigung von Kost und Logis, entsprechende Lohnerhöhung, Aufbesserung der Akkordlöhne und die Zusicherung, daß nur in unserem Verband organisierte Kollegen beschäftigt und Streitigkeiten von der Ortsverwaltung unseres Verbandes geschlichtet werden, bringt. Die Sperre ist aufgehoben.

In Grefeld wurde am 2. März bei der Firma Buchholz ein Streik erfolgreich beendet. Bewilligt wurde von der Firma die von uns geforderte vierzehntägige Kündigungsfrist; die Akkordlöhne so hoch zu bemessen, daß der sonst übliche Stundenlohn erreicht wird, bei zu niedrig kalkulierten Arbeiten wird der Stundenlohn gewährt; unter 42 Pf. Stundenverdienst wird kein Arbeiter über 20 Jahre alt ein-gestellt; Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis sind vor ihrer gerichtlichen Austragung dem Arbeitersekretär der freien Gewerkschaften zur Schlichtung zu unterbreiten. Die Mit-gliederversammlung vom 3. März stimmte diesen Verein-barungen zu und hob die Sperre auf.

In Darmstadt befinden sich die Kollegen mit den Arbeit-gebern wegen einer neuen Arbeitsordnung in Differenzen. Wir teilen das mit, da in letzter Zeit seitens der hiesigen Unternehmer immer häufiger auswärts annonciert wird zwecks Heranziehung von Arbeitskräften. Zugang ist fern-zuhalten.

In Weide in Ostpreußen befinden sich die Kollegen in einer Lohnbewegung. Zugang von Tischlern ist fernzuhalten.

In Kaiserslautern stehen die Kollegen und Kolleginnen der Nähmaschinenmöbelfabrik Weiß & Gildebrand, deren Hauptgeschäft sich in Lauterberg befindet, im Streik um Anerkennung des alten Akkordtarifs und anständige Behandlung. Die Firma liefert für die Nähmaschinenfabrik von Kasper, und hat es durch fortgesetzten Lohndruck, Ver-abreichung von ungenügendem Material usw. immer wieder verstanden, die Preise zu drücken, bis die Arbeiterkraft auf ihre Pflicht besann und in den Kampf eintrat. Herr Weiß hat bisher allerdings eine Anzahl Streikbrecher auf-getrieben, brauchbare Arbeit konnte er aber mit diesen nicht herstellen. Wenn die Holzarbeiter Zugang nach Kaiserslautern fernhalten, werden wir auch diesen Kampf siegreich durch-führen.

Auch bei der Firma Muzinger in Kaiserslautern ist fortgesetzt Differenzen.

In Konstanz ist der Streik, entgegen einer Mitteilung des „Correspondenzblatt“, immer noch nicht beendet. Zugang ist noch fernzuhalten.

In Ludwigshafen befinden sich die Arbeiter in der Fenster- und Türenfabrik von Geß & Co. seit 19. Februar im Streik zur Abwehr einer neuen Fabrikordnung. Zugang ist fernzuhalten.

In Lübeck haben nunmehr auch die Barlettbohlen-leger der Firma Aug. Willert am 26. Februar die Arbeit niedergelegt. Herr Willert hatte einige Tage zuvor eine der streikenden Möbeltischler zum Barlettlegen eingestellt, ist ausdrücklich danach erfundigt, wo der Kollege gearbeitet hatte, und ihm dauernde Arbeit zugesichert. Trotzdem wurde der Kollege am Montagmorgen kurzzerhand wieder ent-lassen, ohne auch nur mit dem Kollegen, in dessen Akkord der Betreffende mit beschäftigt war, Rücksprache zu nehmen. Die übrigen Kollegen wollten sich diese Rücksichtslosigkeit von Herrn Willert nicht gefallen lassen und legten einmütig die Arbeit nieder, nachdem es ersterer abgelehnt hatte, den Kollegen weiter zu beschäftigen. Zugang ist fernzuhalten.

In Melle erzielten die Tischler und Maschinen-arbeiter der Weißmöbelfabriken Krummack und Hoberg durch Verhandlungen einen schönen Erfolg. Bei ersterer Firma er-reichten 45 Kollegen Schließung eines Akkordlohn tariffs, de-neben sonstigen Verbesserungen den Kollegen Lohnerhöhung um 8 bis 10 Prozent bringt. Bei der zweiten Firma wurde für 20 Kollegen ebenfalls Lohnerhöhung um 10 Prozent er-reicht. Außerdem bei beiden Firmen für Sonnabenden für 10 Stunden 9 stündige Arbeitszeit. Obiges haben die Ko-llegen auf Grund ihrer guten Organisation erreicht, dies sollten sich die Arbeiter der Weißmöbelfabrik Melchersmar-erken. Wenn auch diese Kollegen nach der 1908 für ungünstig verlaufenen Lohnbewegung statt sich vom Verban-abzuwenden, geschlossener organisiert hätten, dann würden auch diese Kollegen statt Abzüge und Verschlechterung Lohnaufbesserungen mit erreicht haben. Auch würden so v-Kollegen der drei Firmen mindestens schon jetzt die 9/10 stündige Arbeitszeit erreicht haben. Also, Kollegen von Melchersmar-hinein in die Organisation, dann wird euch seitens der Firm-bessere Behandlung zuteil werden, nur dann wird euer An-ein menschenwürdiges werden.

In Münden a. D. Der Reichler Kollegen der Möb-el-tischlerei Heinrich Schmidt am 27. Februar Lohnforderung ein, und zwar verlangten sie Erhöhung der Stundenlöh-ne von 30 auf 35 und von 24 auf 30 Pf. und einen Minimal-lohn von 30 Pf. pro Stunde. Ihre Forderungen wurden rundweg abgelehnt, worauf sie am 1. März einhellig die Arbeit niederlegten. Herr Schmidt erklärte sich darüber sehr befriedigt, seit längerer Zeit sei sowieso nur Unfrieden in seiner Werkstätte gewesen, einen solchen Zustand könne kein Unternehmer aushalten. Wir werden dafür zu sorgen haben, daß Herr Schmidt unseren Forderungen gegen-über bald mehr Entgegenkommen zeigt. Wir bitten deshalb die Fernhaltung des Zugangs.

In Neustadt a. Orla erklärten die Tischler der Mö-bel-fabrik: „Wir brauchen keinen Verband, machen unsere Lohnbewegung ohne Verband“, als sie an-gefordert wurden, dem Verband beizutreten. Gesagt, getan. Es handelte sich ja nur um Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit und entsprechender Lohnerhöhung, also um For-derungen, die anderwärts längst anerkannt und durchgeführt sind. Und, so dachten unsere Tischler, unser Chef ist ja gut, der wird uns das schon bewilligen. Leider ließen sie auch eine Anzahl Verbandskollegen zu diesem Optimismus verleiten, aus dem es bald ein unanftastbares Erwachen ge- Herr Wild unterhandelte und gestand zunächst die zeh-nstündige Arbeitszeit und fünf Prozent Aufschlag auf Akkord-löhne zu. Das wurde von den Kollegen als unzulänglich abgelehnt. Es wurden darauf die Tischlermeister von Neu-stadt zu einer Sitzung zusammengerufen und dort wurde be-schlossen, keinen Arbeiter aus der Wildschen Fabrik ein-

stellen und den Lohn über einen bestimmten Satz hinaus nicht steigen zu lassen. In Befolgung dieses Beschlusses wurde auch das Engagement einiger Kollegen, die anderwärts Arbeit gefunden hatten, wieder rückgängig gemacht. Unsere eine Organisation nicht nötig habenden Kollegen sahen sich einem einigen und geschlossenen Unternehmertum gegenüber, das entschlossen ist, nicht nur die Zügel nicht zu lockern, sondern das Joch noch fester zu schnüren. Der Übermut der Herren ging so weit, daß Herr Wild veranlaßt wurde, seine gemachten Zugeständnisse wieder zurückzuziehen, er ging von diesem Standpunkt auch nicht ab, als in erster Stunde unser Gauvorsteher zur Vermittlung erschien. Ob die Neustädter Kollegen die erforderlichen Lehren aus diesem Vorkommnis ziehen? Wir meinen, deutlicher, wie es durch die Neustädter Tischlermeister geschieht, kann den Arbeitern die Notwendigkeit des Zusammenschlusses und Organisation gar nicht eingeleuchtet werden. Hoffentlich merken sich die Kollegen diese Aktion und bauen unseren Verband an Orte so aus, daß diesem Unternehmertum ein Barock geboten werden kann.

In Neustadt zeigen die Arbeitgeber noch kein Entgegenkommen, der Streik wird demzufolge weitergeführt. Es hat sich mittlerweile ein Arbeitswilliger zu den Stehengebliebenen hinzugefügt, Grund genug für die Arbeitgeber, in ihrer am 28. Februar stattgefundenen Versammlung zu beschließen, die Streikenden noch vierzehn Tage weiter „zappeln zu lassen“. Die Herren täuschen sich in ihrer Annahme, daß die Streikenden mittlerweile wandelmützig werden würden, die Kollegen sind nach wie vor von der Gewißheit ihres Sieges durchdrungen und ist noch kein Streikender zum Verräter an der eigenen Sache geworden. Am 1. März traten die Zugeständnisse bei denjenigen Arbeitgebern, welche bewilligt haben, in Kraft. Die sich bisher noch hartnäckig zeigenden Arbeitgeber werden nunmehr von ihrer Annahme geheilt sein, daß wir mit ersteren nur Scheinverträge abgeschlossen hätten. Hoffentlich kommen sie nunmehr bald nach, wenn nicht, denn nicht die Streikenden fühlen sich noch ganz wohl beim Postenstehen.

In Schaubau ist der Streik bei der Firma Hauschild nunmehr zugunsten der Kollegen beendet und wurde die Arbeit am 27. Februar wieder aufgenommen. Eine Einigung war bereits am 9. Februar erfolgt, doch verhinderte Herr Hauschild die zum 12. Februar festgesetzte Arbeitsaufnahme. Er hatte auf Arbeitswillige aus Österreich gehofft. Diese Hoffnung war jedoch vollständig geschwunden, besonders der Streikbrecheragent Schäfer hat in Österreich „schlagende“ Beweise der österreichischen Solidarität erhalten. Hoffen wir, daß die Firma es versteht, den herbeigeführten Frieden zu erhalten.

In Schwerin dauert der Streik der Korbmacher bei der Firma Sammers fort. Dem Firmeninhaber lag es schwer im Magen, daß er gezwungen wurde, seinen Arbeitern den horrenden Stundenlohn von 25 Pf. zu bewilligen. Er gab seinem Arger dadurch Ausdruck, daß er einem Kollegen ohne triftigen Grund kündigte. Darauf legten auch die übrigen Kollegen die Arbeit nieder. An dem Streik sind Leute beteiligt, die 20, 34, ja 36 Jahre in dem Geschäft tätig waren. Herr Sammers ist, nebenbei bemerkt, ein großer Feind der Arbeiterorganisation, deshalb mußten sich vor einigen Jahren sämtliche Arbeiter unterschrieben verpflichten bei 10 Mk. Strafe und sofortiger Entlassung, weder einer politischen noch gewerkschaftlichen Organisation anzugehören. Selbstverständlich ist ein solcher Vertrag, als gegen die guten Sitten verstoßen, ungültig. — Den Streikenden wird allgemeine Sympathie entgegengebracht und ist zu hoffen, daß sie siegreich aus dem Kampfe hervorgehen.

In Themar befinden sich bekanntlich die Korbmacher bei Herrn Höder im Streik. Herr Höder sucht jetzt in der „Korbmacherzeitung“ zehn Gestellarbeiter. Er könnte Arbeiter massenhaft haben, wenn er für besseres Flechtmaterial sorgen wollte. Wie er sich wegen der Haltbarkeit der mit schlechtem Material hergestellten Körbe mit seinen Kunden auseinandersetzt, ist seine Sache, die Korbmacher können aber den Ausfall an Arbeitslohn nicht tragen, der durch das schlechte Material entsteht. So muß weitergestreift werden, bis anderes Material beschafft ist. Von den Ausständigen sind 17 Mann, also die Hälfte, abgereist. Wenn Zugang ferngehalten wird, muß Herr Höder sich bequemen, nachzugeben. Es wird dringend gebeten, die Arbeitergesuche nicht zu beachten und den Zugang nach Themar fernzuhalten.

In Waldheim wurde am 17. Februar in allen dem Verband der sächsischen Stuhlfabriken angeschlossenen Stuhlfabriken und Tischlereien durch Aushang bekannt gemacht, daß ab 3. März infolge der Geringwälder Bewegung in allen gleichartigen Betrieben von Waldheim, Hartha, Leisnig, Schweigersheim und Neuwahlitz die Entlassung der Arbeiter erfolge, sofern diese sich nicht verpflichteten, Streikarbeit zu machen. Diese Auffündigung verursachte unter den Kollegen natürlich große Erregung, doch wenn die Unternehmer auf Streikbrecher aus unseren Reihen spekuliert hatten, so haben sie sich sehr verpekelt. 94 Prozent unserer Kollegen waren organisiert, und das Vorgehen der Unternehmer trieb noch den Rest der Kollegen in unsere Organisation hinein. Die Kollegschaft hat ein Bild größter Ginnmütigkeit, jedem Gewerkschafter zur Freude. Am 3. März verließen die Ausgesperrten ihre zum Teil schon 25 und mehr Jahre innegehabten Arbeitsplätze, im ganzen 550 Mann, und keiner wird abtrünnig werden. Zugang von Stuhl- und Sofabauern, Tischlern, Polierern, Drechslern, Bildhauern, Maschinen- und Hilfsarbeitern streng fernhalten.

Den Polierern diene folgendes zur besonderen Beachtung: Die Firma Ludwig, Inhaber Wehke, in Waldheim ist mit der Lieferung von ca. 500 Kubamahagoni Schiffsfesseln in Schwierigkeiten geraten. Die Firma ist zurzeit mit der Verbenbung der rohen Sessel beschäftigt, vermutlich um sie auswärts fertigtellen zu lassen. Wir bitten, diese Arbeit zurückzuweisen. Erkennungszeichen sind: rund gedrehter Sitz zum Lederpolster eingerichtet, geschweifte Lehne mit schrägen, zusammengefügten Kreuzsprossen, in der Mitte Kreisverbindung. Die Sessel sind ohne Füße zum Aufschrauben.

In Wolgast wurden 5 Einsitzer gemaspregelt, weil sie sich weigerten, in Berlin unter dem dort durchgeführten Einsitzertarif zu arbeiten. Zugang ist fernzuhalten.

Aus der Holzindustrie.

Zur Beitragserhöhung. Der am 3. und 4. März in Ansbach abgehaltene Goutag des Nürnberger Gaues erklärte sich nach einem Referat des Gauvorstehers Stein über die Aufgaben des nächsten Verbandstags mit 28 gegen 8 Stimmen für die Beitragserhöhung und gleichzeitige Einführung der Krankenunterstützung.

Auf der Konferenz des Gaues Elberfeld, die am 4. und 5. März in Essen a. Ruhr tagte, wurde mit 50 gegen 10 Stimmen der Einführung der Krankenunterstützung zugestimmt.

Der Hannoverische Goutag sprach sich mit 32 gegen 28 Stimmen für Einführung der Krankenunterstützung aus.

Ein ungültiger Vertrag. Die freie Vereinigung der Breslauer Tischlermeister schloß im Jahre 1904 einen Vertrag ab, nach welchem sich jedes Mitglied verpflichtete, bei einem Streik der Tischler sämtliche Gesellen auszusperrten. Im Falle der Zuwiderhandlung sollte eine Konventionalstrafe von 25 Mk. für jeden nicht ausgesperrten Tischler verfallen sein.

Weil ein Meister im vorigen Jahre trotz dieses Vertrages seine 20 Gesellen nicht ausgesperrt hatte, wurde er nun auf Zahlung der Konventionalstrafe im Betrage von 500 Mk. verklagt. Der Beklagte berief sich demgegenüber auf den § 152 der Gewerbeordnung, welcher das Koalitionsrecht gewährleistet und in seinem zweiten Absatz ausdrücklich bestimmt, daß jedem Teilnehmer an einer Koalition zur Erlangung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen der Rücktritt von derselben freistehe, sowie daß daraus weder Klage noch Einrede statfinde. Daraus ergebe sich, daß die Eintragung der kontraktlichen Strafe gesetzlich unzulässig sei. Das Landgericht trat dieser Auffassung bei und erkannte auf Abweisung der Klage, weil die klagende Vereinigung der Arbeitgeber im Tischlergewerbe zweifellos eine Koalition im Sinne des § 152 der Gewerbeordnung und deshalb die von dem Beklagten angezogene Bestimmung des Absatzes 2 anzuwenden sei.

Man hat bisher nichts davon gehört, daß gegen die Mitglieder der freien Vereinigung eine Anklage wegen Nötigung und Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung erhoben worden sei. Eine solche Klage wird auch schwerlich erhoben werden, da die genannten Gesetze bekanntlich fast ausschließlich gegen Arbeiter angewendet werden.

Gewerkschaftliches.

Die Gewerkschaften sollen Steuern zahlen.

Es wird niemand behaupten können, daß der sächsische Staat den Gewerkschaften besonders zugetan sei, im Gegenteil ist es allgemein bekannt, daß gerade die sächsischen Behörden bemüht sind, mittels des berühmten „Zuwels“ den Gewerkschaften das Leben so sauer wie möglich zu machen. Aber mag man auch die Gewerkschaften nicht leiden, doch ihre Gelder nimmt man gern. In Sachsen sieht es mit den Staatsfinanzen recht kläglich aus, das mag mit Veranlassung gegeben haben, daß der Fiskus bei der Suche nach neuen Steuerquellen auf die Lokalassen der Gewerkschaften verfallen ist, die zum Nutzen des „teuren“ Vaterlandes ein wenig geschröpft werden sollen. Auf Grund des Gesetzes über die Vermögenssteuer wurden denn fast sämtliche Ortsverwaltungen der Gewerkschaften in Dresden mit der Aufforderung bedacht, über das vorhandene Vermögen zu deklarieren. Der Steuerfiskus will Vermögenssteuer davon erheben, um der chronischen Finanzmiserie zu steuern.

Natürlich werden sich die betroffenen Gewerkschaften dieser Forderung zu erwehren suchen und bei den höheren Instanzen Einspruch erheben. Man hofft, daß der Steuerfiskus diesmal ebenso abblitzen wird wie damals, als der Versuch gemacht wurde, die Gewerkschaften in Dresden einzusteuern. So einfaßenswert ein solcher Ausgang dieser Aktion auch wäre, so fürchten wir doch, daß die Beschwerde nicht den gehofften Erfolg zeitigt, und daß man nach anderen Mitteln wird greifen müssen, um der Liebe des Steuerfiskus zu entgehen.

Der Schuhmacherverband steigerte im Jahre 1905 seine Mitgliederzahl von 28 555 auf 28 546, nahm also um 4991 Mitglieder zu. Das Vermögen des Verbandes stieg von 248 878 Mk. auf 315 650 Mk.

Technisches.

Der süddeutsche Möbel- und Wauschreiner, eine von E. Heilbronn in Stuttgart herausgegebene Fachzeitschrift, erscheint jetzt im sechsten Jahrgang. Das Blatt bringt neben gewerblichen Abhandlungen recht gute Fachartikel und als Beilagen Entwürfe und Vorlagen. Der Wert des Blattes, welches übrigens dem norddeutschen Fachmann den gleichen Nutzen bietet wie seinem süddeutschen Kollegen, wird wesentlich erhöht durch die öfters beigelegten übersichtlichen Zeichnungen. Der Preis beträgt vierteljährlich 1,75 Mk. und können Probehefte kostenlos vom Verlag von Greiner & Pfeiffer in Stuttgart bezogen werden.

Eingefandt.

Konferenz der Modelltischler.

Die Konferenz der Modelltischler Deutschlands findet, wie schon früher angekündigt, am 23. und 24. März d. J. in Halle a. S. im Gasthaus Zum weißen Roß, Geiße 5, statt. Die Verhandlungen beginnen am Freitag, 23. März, morgens 9 Uhr.

Als Tagesordnung sind folgende Punkte vorgeschlagen worden:

1. Die Lage der Modelltischler.
2. Organisation und Agitation.
3. Taktik bei Lohnbewegungen und Aussperrungen.
4. Anträge.

Die ersten drei Punkte sollen durch je ein Referat eingeleitet werden. Im Anschluß an das erste Referat soll von jedem Delegierten ein Situationsbericht über die Lage der

Modelltischler in der von ihm vertretenen Stadt erstattet werden. Wir ersuchen die Delegierten, sich hierauf entsprechend vorzubereiten.

Der zweite Punkt der Tagesordnung wird Gelegenheit bieten, über die Möglichkeit der Verbesserung der gegenwärtigen Verhältnisse, ferner über die Grenzstreitigkeiten mit anderen Verbänden und über die eventuelle Einsetzung einer Zentralkommission der Modelltischler zu beraten.

Beim dritten Punkte wird die wichtige Frage der Streikarbeit mit zur Verhandlung kommen, wie auch über die Zweckmäßigkeit einzelner Forderungen bei Lohnbewegungen, über Lohn- und Akkordarbeit usw. beraten werden kann.

Über die Gewährung eines Zuschusses zu den Kosten der Delegation ist den nachsuchenden Zahlstellen schriftlicher Bescheid zugegangen. Zwecks Aufstellung der Präsenzliste ersuchen wir, die Namen der gewählten Delegierten recht bald an uns zu melden.

Ihre Ankunft in Halle und Bestellung auf Logis mögen die Delegierten dem Obmann der Sektion der Modelltischler in Halle, Kollegen Karl Rickhardt, Halle a. S., Friedrichstr. 4, rechtzeitig mitteilen. Der Vorstand.

Tariffkommission der Parkettleger Deutschlands.

In den letzten Tagen gelangte ein Rundschreiben betr. Zentralarbeitsnachweis zum Versand, desgleichen eine Anzahl Berichtsformulare. Sollte ein Ort, in dem Bodenleger beschäftigt sind, bei der Zusendung übersehen worden sein, so bitten wir, sich an den Unterzeichneten zu wenden.

J. W.: Hans Ostermann, München, Humboldtstr. 40 I.

Briefkasten.

* Infolge Raummangels mußten eine Reihe von Einsendungen zum Verbandstag bis zur nächsten Nummer zurückgestellt werden.

Leipzig, W. G. Der Bericht von der Chemnitzer Gaukonferenz ging uns erst am 1. März zu, konnte deshalb erst in dieser Nummer Aufnahme finden.

Kaiserlautern, W. Einsendungen, die nicht abgestempelt sind, dürfen wir bekanntlich nicht veröffentlichen. Wir bitten, das künftig zu beachten.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter

(G. S. 8 in Hamburg).

Überschüsse sandten ein in der Zeit vom 9. Februar bis 1. März inklusive: Berlin B 800 Mk., Richtenberg 700, Berlin H, Dresden A, Thonberg je 400, Buckau, Ziegelhausen, Ralf, Wilmersdorf je 300, Degerloch 270, Hamburg IV 250, Altrip, Leipzig II, Friesenheim, Rankow, Bückeburg, Düsseldorf, Hochheim, Ballendar je 200, Neuenhof 188, Garburg 160, Witten, Bielefeld, Ratingen, Pieschen, Eschal, Forchheim, Rowaves, Neu-Ruppin, Volkstätt je 150, Neuenbürg 130, Regnitz, Deuben, Schweinfurt, Oberloe, Storr, Friedberg, Untergrüne, Stötteritz, Blankenburg i. Th., Volkmarstorf, Hohen, Schbnhausen, Mintheim, Erlangen, Bach je 100, Coburg 94, Wienstorf 80, Golditz 75, Wismar 70, Debschütz, Alsbach, Nauheim, Süßfeld, Coswig, Uchersleben, Hbhr je 50. Summa 9917 Mk.

Zuschuß erhielten: Herdecke, Bahr, Dorich, Deutz je 250, Wiesbaden, Griesheim, Hornberg, Mainz, Mühlheim, Ruhr, Grünwetterbach, Bonn, Feudenheim je 200, Waldstätten, Brettenbach, Schneeberg, Gr.-Zimmern, Eiterhagen, Wachenbuchen, Gotha, Neu-Jenburg, Lampertshausen, Stellingen je 150, Weiterstadt 140, Pöschappel 120, Wombach, Schwelm, Wahlershausen, Gürth, Neuhofen, Wehringhausen, Rudolfsstadt, Niederberg, Borz, Marburg, Großenritte, Gaan, Muthlangen, Wüdingen, Ruit, Knauthain, Nied, Neustadt a. S., Bodenheim, Scheuditz, Söthenheim, Ober-Ramstadt, Jugenheim, Förderstedt je 100, Leuchern 90, Försheim 80, Rothenditold, Straßburg je 75, Kresschau, Waldau je 60, Fackenburg, Kristel je 50, Försheim 40. Summa 7440 Mk.

Krankengeld an Einzelmitglieder wurde gezahlt: 2025,91 Mk. U. Sud, Hauptkassierer.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse

der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen.

(G. S. 86, Hamburg.)

Vom 2. Februar bis 2. März 1906 sandten Überschüsse ein: Berlin A 400 Mk., Berlin D 300, Fürth 250, Leipzig 250, Barmen 150, Westerbode 100, Döschhausen 100, Stegnitz 100 Mk. Summa 1650 Mk.

Zuschuß erhielten: Wald 100, Garburg 50 Mk. Summa 150 Mk. Jul. Maßmann, Hamburg 19.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse Deutscher Korbmacher

G. S. R. Nr. 98, Eich Zeitz (Zuschußkasse).

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 42 Abs. 2 und 4 des Rassenstatuts beauftragt der unterzeichnete Vorstand unsere diesjährige Generalversammlung nach Dresden auf Sonntag den 3. Juni 1906, abends 7 Uhr, ein. Die Tagesordnung ist provisorisch festgesetzt:

Tagesordnung:

1. Wahl einer Mandat-, Geschäftsordnungs-, Beschwerde- und Revisionskommission.
2. Berichterstattung derselben und Beschlußfassung über deren Anträge.
3. Geschäftsbericht des Vorstehenden, Kassierers und Ausschusses.
4. Jahresabrechnung und Entlastung des Vorstandes.
5. Statutenänderung.
6. Festsetzung der Gehälter.
7. Wahl des Vorstandes und Ausschusses.
8. Verschiedenes.

Anträge, welche auf die Tagesordnung kommen sollen, müssen mindestens 6 Wochen vor derselben, also spätestens bis zum 21. April, beim Vorstand eingereicht und von demselben publiziert werden. Das Lokal wird später bekanntgegeben.

Zeitz, den 3. März 1906.

J. W.: Hermann Wolf, Zentralvorstehender.

Veranstaltungs-Anzeiger.

Frankfurt a. M. Sektion der Bürstenmacher. Sonntag den 25. März, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Kolleg 4.

Anzeigen.

Wietrich a. Rhein. Unser Arbeitsnachweis befindet sich bei Kollege Traber, Kaiserstraße 46, wo selbst auch die Reiseunterstützung ausgezahlt wird. Umfragen streng verboten. Vertretungslokal, Kaiser Adolf, Wiesbadenstraße 39.

Der Tischler Joh. Gebr. Christoph Gutter, geb. 30. Mai 1865 in Büßer, wird als Erbe gesucht. G. soll 1899 oder 1900 in einem Hospital in Westfalen krank gelegen haben.

Leopold Gieseler, sende Deine Adresse nach Währisch-Schönberg. Ich bitte die Kollegen, ihn darauf aufmerksam zu machen. Dein Bruder Wenzel.

Lebensmitteleintrag: Gesucht 2 Tischlergesellen, die sich sofort bei gerne Großstadtverhältnissen und unter den besten Kleinstadtverhältnissen, mit und ohne Aussicht auf dauernde, sehr gute Arbeit, Masch., Warmwasserheizung, elektr. Licht usw. bei der Leistungsfähigkeit entsprechend. Lohn. Krämer & Söhne, Marne, Holstein.

Mehrere tüchtige Möbelschreiner sucht Ernst Beck, Möbelfabr., Dietzheim, Württ. Ein tüchtiger Tischlergeselle findet sofort dauernde gutlohnende Beschäftigung auf polierte Arbeit. Reisevergütung eventl. nach vier Wochen. Leopold Jahn, Probstzella, Thür.

Gesucht sofort zwei tüchtige Tischler auf dauernde Arbeit. H. F. Kreuzfeldt, Holzbearb.-Fabrik Malente-Gremsmühlen.

Tüchtige Möbelschreiner, Setzer und Polierer finden dauernde und lohnende Beschäftigung bei Möbelfabrik Veihl & Co. (m. b. G.) Pforzheim.

Modellschreiner: zwei tüchtige, für dauernde Arbeit bei hohem Lohn gesucht. Stuttgart, Senefelderstraße 63.

Polierer: Einige tüchtige Polierer finden hohen dauernden Verdienst. Banneitz & Co. Stuhlfabrik, Springe b. Hann.

Werkzeugmacher gesucht: Wir suchen zu sofortigem Eintritt: 1 gewandten Arbeiter auf Schraubzwingen und Schraubkrechte, 1 dto. auf Sägenstühle, Schubläden und Schreinerarbeiten, 1 tüchtigen Holzdrehler sowie 1 jüngeren Maschinenarbeiter. Bad. Holzwerkzeugfabrik Oos Dos b. Baden-Baden.

Geübter solider Bandsägem, verheiratet, sucht sofort oder später Stellung auf dauernd. Gefl. Offerten mit Lohnangabe erbitte unter F. H. 100 postlagernd Nordhausen a. S.

Zum Antritt per 1. März, event. sofort werden gesucht: 1 Bandsägenschnaider, 1 Präfer, 2 Abrichter, 1 Mann für die Bierfaummaschine, 1 Mann für die Zapfenschnaidmaschine. Max Danziger, Holzbearbeitungsfabrik Königsgrünthe D.-S.

Tüchtige, gewandte Maschinenarbeiter finden sofort dauernde Beschäftigung. S. D. Jaffe, Hohenholm b. Bromberg Dampfägewerk und Holzbearbeitungsfabrik.

Tüchtige Gatterschnaider sucht per bald und für dauernde Beschäftigung bei gutem Akfordlohn. Dampfägewerk & Baugesellschaft G. m. b. H. Friedrichshagen, Seestraße 16.

Stuhlbauer auf gute und lohnende Arbeit sofort gesucht. Beschäftigung dauernd. Krausse & Eissler, Stuhlfabr., Nabenau, Sa.

Ein tüchtiger Stuhlmacher auf bessere Stühle, ein gewandter Polierer und ein Holzdrechsler finden sofort dauernde gutbezahlte Arbeit bei Chr. Imle, Stuhl-fabrik, Karlsruhe, Sophienstraße 9.

Einige, aber nur wirklich tüchtige Stuhlbauer auf bessere Stühle stellen noch sofort ein. Robert Orschlag & Co., Stuhl-fabrik Br. Holland D.-Pr.

Suche für sofort einen jüngeren Drechsler für Fußbetrieb. B. Emmeler, Drechslerstr., Marburg, Hessen.

Mehrere Stockdrechsler, namentlich Fertigmacher usw. sucht zu sofortigem Antritt Otto Jahn, Harzer Stockfabrik mit Kraftbetrieb, Friedrichsbrunn (Dit.-Harz).

Gesucht ein Drechslergehilfe auf Bau- und Möbelarbeit (Fußbetrieb). Drechslermeister H. Köppen Nordenham.

Ein junger tüchtiger Stellmacher erhält dauernde Beschäftigung bei F. H. Peters, Landlet, Insel Wfen.

Bürstenmacher auf Kopfhäarzurichten sofort verlangt. Hoher Lohn. Karl Datan, Zossen-Berlin.

Tüchtiger Pfaffenschnaider bei hohem Lohn sofort gesucht. Verheirateter bevorzugt. Adolf Haase, Gotha, Burgfreiheit.

Geheiler oder Bürstenmacher zum Fäbren hecheln gesucht. Gebr. Wallach, Mainz.

Tücht. Bohrer, der nebenbei Zuschneiden kann, gesucht. Gebr. Schopen, Korffabrik, Dortmund.

Gesucht Korbmacher auf Gematt. H. F. Kiewell, Salzenbeck, Holstein.

4 Korbmacher auf Gematt sucht sofort Emil Michael, Salzenbeck, Holstein.

Sofort gesucht werden bei erhöhten Löhnen zu 1. März A. Perling, Dorstede b. Heerdingburg.

6-8 Korbmacher auf Demijohns und Ballonkörbe zum sofortigen Eintritt bei dauernder Arbeit und gutem Akfordlohn gesucht von Eduard Messmer Korbfabrik, Nadelzell, Baden.

Tüchtiger Korbmacher auf Rohrarbeit bei gutem Lohn sofort gesucht. H. Franke, Nürnberg, Deichlerstr. 21.

Ein tüchtiger Korbmachergehilfe auf geschlagene Arbeit sofort gesucht. Otto Lange, Korbmacher Springe b. Hannover.

Gesucht ein tüchtiger Gestellarbeiter, der sich eignet, die Leitung einer Werkstätte zu übernehmen. Albert Oberle, Baden-Baden.

Zwei junge Korbmachergehilfen auf geschlagene Arbeit sofort gesucht. Reise-geld wird nach Übereinkunft vergütet. A. Tammer, Sebnitz i. Sachsen.

Zwei junge Korbmacher, einer auf Strandkörbe und einer auf Grün und Geschlagenees sucht sogleich Gottfried Wölle, Bergen auf Rügen.

Vier gute Mattarbeiter auf sofort gesucht von C. Möller, Salzfotten i. Westf.

Jünger Korbmachergehilfe auf Rohr und Großgeschlagen für dauernd gesucht. Th. Flinth, Eggen, Prov. Sachsen.

Suche für sofort einen tüchtigen Korbmacher auf Großgeschlagen und Grün. R. Hirsch, Korbmachermeister Fürstentwalde (Spre), Junkerstr. 28.

Tücht. Korbmacher auf Geschlag. u. Reparatur. sof. ges. M. Knape, Silberfeld, Hochstr. 89.

Wir suchen fortwährend Korbmacher auf Packkörbe. Schöne Weiden, hoher Lohn. W. Gaspers Korbwarenfabriken Monheim a. Rh. b. Düsseldorf.

Sechs tüchtige Korbmachergehilfen auf Rohrarbeit gesucht. C. Hoffmann, Korbfabrik, Cassel, Sedanstraße 5.

1-2 tüchtige Ballonkorbmacher gesucht für Akfordarbeit. Chemische Fabrik Nienburg a. Weser.

5 Gestellarbeiter auf bessere Webdgarbeit werden sofort eingestellt. Adolf Schmidt, Rohrmöbelfabrik, Brandenburg a. P.

Dampfägewerk mit Zimmerplatz

am Main in Unterfranken, flott im Betrieb, 2 Vollgatter, Kreis- und Bandsäge, Dichtenhobel und Fräsmaschine, Lokomobile, 25 PS., zwei Jahre alt, sofort bei 5-8000 Mk. Anzahlung zu verkaufen. B. Vetter, Nürnberg, Krellerstraße 7.

Krankheitshalber beabsichtige ich, meine m. mod. Masch. neuerbaute Möbelfabr., 10 Bänke, i. d. Prov. Brandenburg, bill. zu verkaufen, ev. würde ich einen Teilhaber mit ca. 5-6000 Mk. aufnehmen, wenn der. imstande ist, d. Zeit. d. Werkst. zu übernehmen. Gefl. Aufträge wechl. vorh. Off. u. A. B. 63 an die Exp. d. Bzg.

Sie sparen viel Geld! Anzugstoffe, Neuheiten in Anzugstoffe, Damenkleiderstoffe, Tuchausstellung Augsburg 271 Wimpfheimer & Cie.

40 zarte neu. fetteste Heringe 2 Pfd. Dos. fff. Anchovis, 1 Dos. la Nollms., 1 Dos. Bismarher, 50 la Sardellen, u. ff. Büffel. Schönen dicken Rauchaal u. 1 Stk. ff. Lachs. Alles für 3/4 Mk. Portofrei g. Nach. Degeners Großverf. v. 1881, Swinemünde 500. Annonce einsf.

C. Beetsch Reinickendorf (bei Berlin) Lack- und Politurfabrik

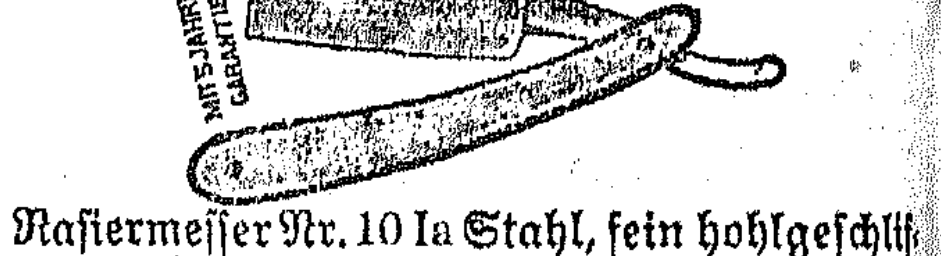
Paul Horn Fabrik chemischer Produkte Hamburg 23 Über die Eigenschaften und zweckmässigste Anwendung meiner folgenden Spezialitäten Jubiläumskatalog, ein Lehrbuch des Polierens, gibt mein Jubiläumskatalog, ein Lehrbuch des Polierens, des Beizens, Mattierens, Lackierens usw. des Holzes, gründlichen und leicht fasslichen Aufschluss: Jubiläum-Politur, Patent-Politur, Kopal-Politur, Benzoe-Politur, filtrierte Schellack-Politur, poronschliessende Untergrund-Politur, Schellack-Porenfüller, Brunolin, Mattine, Bohnerwachs, Salonmatt. Politurglanzlacke, Kristallglanzlacke, Brillantlack, Petersburger Lack. Schleif- und Polieröl. Farbiges Porenpulver. Spiritusbeizen, Ambrantbeizen, Wasserbeizen, Körnerbeizen, Salmiakbeizen. Flintsteinpapier, Lederleime. Polierspiritus usw. usw. Mein Jubiläumskatalog, ein wirkliches Lehrbuch für die Praxis und die Werkstatt, ist von den hervorragendsten Fachautoritäten und der gesamten Fachpresse glänzend beurteilt worden. Preis Mk. 1.50. Allen meinen verehrl. Kunden und solchen Interessenten, die mir eine Bestellung übermitteln, liefere ich dieses technische Lehrbuch aus Anlass meines 25jähr. Jubiläums gratis u. franko. Ferner empfehle: Der Buchhaltungs-Meister. Zweite verbesserte Auflage. Enthält in markiger Werkstattpsprache leicht fassliche und gründliche Anleitungen für jeden Gewerbetreibenden zur Einrichtung einer geordneten Buchhaltung und goldige Ratschläge für die Geschäftsführung. Herausgeber Paul Horn, Hamburg. Preis gebunden Mk. 1.25, broschürt Mk. 1.— Zu beziehen vom Verlag H. Carly, Hamburg 1. Verlag von Karl Klop in Stuttgart. Druck von Paul Singer in Stuttgart.

Ersuche um äußerste Off. in Pantinenölzerg. Cassa. G.H. Richter, Hann., Holzpantoffel-fabrik. Tischler-Fachschule Detmold Werkführer- und Technikerkurse Gesellige Meister-Prüfung Programme frei durch die Direktion

Tischler-Fachschule. Zeichner, Werkführer, Meister. Neustadt i. Meckl. Staatlich subv. Progr. kostenlos

Stomkes Städtebuch Reiseführer durch Deutschland u. angr. Länder mit Eisenbahn- u. Wegkarte, 356 Seiten, geb. Mk. 1.20. In all. Buchhdl. zu haben od. geg. Einsf. von Mk. 1.40 bei G. Stomke, Viefelsh.

Wenn es alle nicht können, wir können es doch, gute Stahlwaren bill. liefern. Überzeugen Sie sich u. bestellen Sie eine Probefendung. Wir versenden:



Maßiermesser Nr. 10 la Stahl, fein höhlgeschliffen, fertig z. Gebrauch, Mk. 2.50. Sicherheits-rastmesser „Zit“ (Verlegung absolut aus-geschlossen) Mk. 2.50. Maßer-Stuis m. Messer Nr. 10 u. sonstig. Zubehör Mk. 4.50. Das-felbst mit Sicherheitsmesser „Fliet“ Mk. 4.50. Haarschneidemaschine „Familienschay“ Mk. 3.50. Hauptkatalog m. verschiedenen tausend Gegenständen grat. u. frlo. Kein Risiko, Nichtgefallen des nehmen wir retour, bei einer Bestellung von Mk. 10 schöne Gebrauchsgegenstände gratif.

Streng reelle und billigste Bezugsquelle! In mehr als 150 000 Familien im Gebrauch! Gänsefedern. Gänsefedern u. alle ander. Sorten Bettfedern. Neuheit u. beste Leistung, garantiert! Gute, preisw. Bettfedern p. Pfd. 1.80; 1.50; 1.20; 1.00. Prima-Faß-bannen 1.60; 1.80. Polierfedern: halbweiß 2, weiß 2.50. Silberweisse Bettfedern 3; 3.50; 4; 5. Gicht ohne Gänsefedern 2.50. Polierfedern 3; 4; 5 Mk. Jede beliebige Pfdzahl vollfrei gegen Nachnahme! Zurücknahme auf unsere Kosten! Pecher & Co. in Herford W. Nr. 2214 in Westfalen. Probieren und Preisstellen, auch über Bettstoffe und fertige Betten, kostenfrei. Angabe der Preislisten für Federnproben erwünscht!